

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 9. September 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die amtliche Streikstatistik für das zweite Quartal 1899.

In dem soeben ausgegebenen dritten Vierteljahrs-Hefte zur Statistik des Deutschen Reiches wird die Zahl der Streiks und Aussperrungen im zweiten Quartal dieses Jahres veröffentlicht. Im Auszuge gehen augenblicklich die Schluszziffern des Berichts durch die Tagespresse und es werden daran parteipolitische Folgerungen von ziemlicher Tragweite geknüpft. So wird angeführt der Zuchthausvorlage namentlich die Zahl der Kontraktbrüchigen im Verhältnis zur Zahl der Streikenden überhaupt von den Gegnern einer freien Arbeiterbewegung ohne Besinnen ausgenutzt werden. Und alles dies geschieht unter Berufung auf den amtlichen Charakter der Streikstatistik, deren Angaben autoritativen Wert besitzen sollen.

Angeht dieses Umstandes halten wir es für angezeigt, die völlige Unzulänglichkeit der amtlichen Streikstatistik abermals zu beleuchten. Wir haben über das Ergebnis im ersten Quartal auf Grund einer Privat-Enquete, die bei den in Betracht kommenden Vertretungen der Arbeiter angestellt wurde, die hohe Ziffer der Kontraktbrüchigen in ihrer Unrichtigkeit erweisen können. Die Statistik des zweiten Quartals bedarf einer besonders eingehenden Einzelkritik schon nicht mehr. Denn es ist leicht nachzuweisen, daß die Arbeit, die das kaiserliche statistische Amt auf Grund der ihm eingereichten Nachweise zu publizieren gezwungen wird, so lückenhaft und unvollständig ist, daß kein Socialpolitiker, welcher Richtung er auch angehört mag, es noch wagen wird, in der Erörterung von Tagesfragen auf diese vorläufigen Zusammenstellungen der Streiks und Aussperrungen sich zu berufen.

Nach der amtlichen Statistik haben im zweiten Quartal 1899 357 Streiks begonnen. Wir wollen uns nicht in Nebensächlichkeiten verlieren und darum nicht unterfragen, ob in der vorliegenden Statistik mit Unrecht oder Recht eine einzige Streikbewegung, die sich über eine Reihe von benachbarten oder zusammenhängenden Orten erstreckt, als ein oder als mehrere Streiks zu registrieren sind, aber was wir wenigstens verlangen, das ist Einheitslichkeit der Methode. Und diese fehlt bei der Zusammenstellung. Doch das ist, wie gesagt, Nebensache. Von höchster Bedeutung dagegen ist die Thatsache, daß eine ganz erhebliche Zahl von Streiks, die im zweiten Quartale begonnen haben, in der amtlichen Statistik überhaupt ganz und gar fehlen. Es handelt sich nicht etwa um einzelne wenige unbedeutende Ausstände, die gerade sonst der offiziellen Statistik nicht entgegen, sondern um Ausstände, von denen die Arbeiterpresse ausführlich berichtete und von denen teilweise sogar die Tagespresse aller Parteien voll war.

Nachfolgend seien diejenigen Ausstände der Reihe nach aufgeführt, über die wir in der offiziellen Statistik des kaiserlichen statistischen Amtes keine Angabe finden konnten, die jedoch im zweiten Quartal durchweg begonnen, meist auch geendet haben. Es dürfte von Interesse sein, die Liste der fehlenden Streiks vollständig kennen zu lernen, da nur so die gänzliche Unbrauchbarkeit der offiziellen Streikstatistik zur Evidenz erbracht wird. Es fehlen also in der diesmaligen Streikstatistik folgende Ausstände:

Laufende Nr.	Ungefähre Zahl der Streikenden	Beruf	Ort
1.	—	Verkleute	Recke Dahlbusch
2.	ca. 200	Steinarbeiter	Striegau
3.	191	Gieberei-Arbeiter	Leuzsch
4.	17	Metallarbeiter	Wilmshütte b. Saalfeld
5.	14	Weißgerber	Krimmitschau
6.	—	Färber	Charlottenburg
7.	800	Arbeiter einer Zute- spinnerei	Stralau
8.	19	Weber	Neumünster
9.	—	Stricker	Angsburg
10.	150	Weber	Wiesdorf i. Westf.
11.	—	Politurarbeiter	Rietz
12.	123	Fischer	Burg
13.	22	Zimmerer	Schwelm
14.	—	Maurer	Wodejuch bei Steinh
15.	27	Maler	Wanzenh
16.	—	Maurer	Belzen
17.	—	Maurer	Cammer bei Legnia
18.	—	Zimmerer	Neuruppin
19.	—	Maurer	Wutzehude
20.	—	Banarbeiter	Flensburg
21.	—	Bücher	Halenfee
22.	—	Maurer	Sonnenburg
23.	—	Lapezierer	Niel
24.	—	Steingutarbeiter	Frankfurt a. M.
25.	17	Müller	Krautkleeberg
26.	450	Ziegelei-Arbeiter	Hedernmünde
27.	30	Ziegelei-Arbeiter	Wosau (Pomm)
28.	52	Steinleger	Altona
29.	—	Korner	München-Gradbach
30.	20	Spinnweben	Geopobritz bei Dresden
31.	—	Arbeiter einer Möbel- fabrik	Raunburg
32.	—	Fischer	Volkmarstorf
33.	69	Schuhmacher	Neerane

Laufende Nr.	Ungefähre Zahl der Streikenden	Beruf	Ort
34.	—	Maurer	Hof
35.	—	Steindrucker	Dresden
36.	—	Weißgerber	Oranienburg
37.	—	Weißgerber	Weida
38.	20	Lederarbeiter	Neumünster
39.	600	Musikinstrumenten-Abb.	Leipzig
40.	1500	Verkleute	Herne
41.	—	Steinarbeiter	Trösta
42.	500	Korner	Leipzig
43.	20	Korner	Cöln-Bscheila
44.	23	Appreteure	Greiz
45.	—	Fischer	Niefa
46.	—	Fischer	München
47.	—	Drechsler	Trebbin
48.	—	Barbiere	Raddeberg
49.	—	Barbiere	Forzheim
50.	—	Barbiere	Düffeldorf
51.	—	Schuhmacher	Ibersgehofen
52.	150	Maurer	Neerane
53.	500	Zimmerer	Frankfurt a. M.
54.	—	Zimmerer	Varmen-Elberfeld
55.	—	Bücher	München
56.	20	Lapezierer	Berlin
57.	—	Rüchener	Leipzig
58.	—	Schneider	Soldin

Die hier aufgeführten 58 Streiks, die nicht in der amtlichen Streikstatistik verzeichnet sind, umfassen mindestens 6000 Streikende, da schon für 25 allein die Zahl von 5000 nachgewiesen ist. Nun fragt man sich allerdings angeht dieser Liste vermindert: Wie ist es möglich, daß der amtlichen Stelle diese vielen und zum Teil recht bedeutenden Ausstände, die in der Arbeiterpresse durchweg mitgeteilt waren, entgangen sind? Sollte es möglich sein, daß diese Streiks, die wir in obiger Tabelle aufgezählt haben, überhaupt nicht stattgefunden haben? Selbst zugegeben, diese Möglichkeit trafe für eine Reihe der kleineren Ausstände zu, so wird man das nämliche doch nicht von den verschiedenen großen Streiks behaupten können, die tage- und wochenlang die gesamte Presse beschäftigt haben? Uebrigens haben wir Grund anzunehmen, daß so ziemlich alle oben genannten Streiks in der That stattgefunden haben, daß nur von den Polizei- respektive Verwaltungsbehörden darüber nichts nach Berlin gemeldet wurde. Denn daß die von uns angeführten Ausstände nicht Falschmeldungen waren, geht einmal daraus hervor, daß sie in der Arbeiterpresse mit Bestimmtheit und wiederholt abgegeben waren, daß Arbeiterorganisationen sie teilweise bekannt gemacht haben und daß die private Streikstatistik im „Arbeitsmarkt“, die trotz ihres privaten Charakters weit zuverlässigere Angaben über die wichtigeren Ausstände macht, als die amtliche Statistik, die meisten obigen Streiks gewissenhaft verzeichnet. Es bleibt also nur der eine Schluss übrig: in der amtlichen Statistik fehlen 16,22 Proz. aller Streikfälle im zweiten Quartale und etwa 17,4 Proz. aller Streikenden sind nicht angegeben. Das ist der schlimmste, aber nicht der einzige Fehler an der Streikstatistik fürs zweite Quartal. Fast ebenso schlimm ist die exorbitante Ungenauigkeit und Unvollständigkeit in den Angaben über die mitgeteilten Streiks. Bei einer Reihe von Streiks, die im zweiten Quartale beendet sind, werden über die Zahl der Streikenden entweder gar keine oder entschieden zu niedrige Angaben gemacht. Wir nennen hier nur folgende:

Beim Bäckerstreik in München wird keine Zahl der Streikenden angegeben. Sie beträgt etwa 457. Beim Maurerstreik in Blankenburg, der 122 Streikende zählte, fehlt eine Angabe. Ferner fehlen die Angaben der Streikenden bei folgenden Streiks (in Klammern ist die ungefähre Zahl der Streiker untererwärts verzeichnet): Maurer in Weihenfeld (179), Goldschläger in Schwabach (250), Fischer in Stuttgart (an 1000), Maurer in Augsburg (ca. 800), Maurer in Dresden (gegen 3000), Fleischner in Stuttgart (150). Wir könnten noch eine Liste von Streiks mit offensichtlich ungenauen Angaben aufstellen, da wir über die betreffenden Ausstände von beteiligter Seite genaue Angaben haben. Aber wir glauben, die bisherigen Angaben genügen. Insgesamt schätzen wir, daß die Zahl der Streikenden im zweiten Quartale gut und gerne um 12—13 000 zu niedrig in der Gesamtaufstellung angegeben worden ist. Prozentual ergibt sich dann, daß nicht etwa nur 17,4 Proz. aller Streikenden, wie oben berechnet, sondern mindestens rund ein Drittel in der amtlichen Streikstatistik ausgefallen ist.

Dies der Thatbestand; in einem zweiten Artikel wird seine Würdigung folgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

Wilhelm II. und der ewige Frieden.

Gelegentlich der Kaiserparade hielt der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schuegler, eine stark militaristisch gefärbte Ansprache an den Kaiser.

Er bezeichnete den Kaiser als den obersten Kriegsherrn des Reiches und stark bewehrten Hüter und Wächter des Friedens; Gerechtigkeit und Tugend könnten bereit in den Kämpfen

des Lebens nur dann wirksam bestehen, wenn sie mit hinreichender Macht ausgestattet seien. Redner dankte dem Kaiser für die unermüdlige Sorge um die Wehrhaftigkeit der Nation und sprach die Hoffnung aus, daß der Kaiser in dem wachsenden Wohlstande, in dem Bildungsstande und dem Glück eines freien und treuen Volkes einen legendvollen Lohn finden möge.

In seiner Antwort führte der Kaiser aus: Er komme von einem schönen militärischen Wille zurück. Was er von den Truppen dieses Landes gesehen habe, habe ihn mit großer Befriedigung erfüllt, und er könne den Großherzog und das Land nur herzlich dazu beglückwünschen. Er sei fest überzeugt, daß der Teil des gesamten deutschen Heeres, der dem Lande angehöre, an seinem Teil dazu beitragen werde, für den Frieden zu sorgen. Ehe die Theorien des ewigen Friedens zur allgemeinen Anwendung gelangen, würde noch manches Jahrhundert vergehen. Vorkünftig sei der sicherste Schutz des Friedens das Deutsche Reich und seine Fürsten und das von diesen geführte Heer.

In Wiesbaden hat der Kaiser beim Beginn des Haager Kongresses zum Geburtstag des Jaren in einem Trinkpruch den Wunsch ausgesprochen, Nikolaus II. möchte mit den Erfolgen der Friedenskonferenz zufrieden sein können. Jetzt gewahrt man, daß der Kaiser eine weit abweichende Ansicht über den Frieden hat als der Jar.

Der Umsturzbund der Landwirte.

Bei der Beratung der Kollerischen Umsturzvorlage wie des Rede-selbstigen Vereinsgesetzes wurde oft darauf hingewiesen, daß die konservativen Agrarier gelegentlich durch die Bestimmungen getroffen werden könnten, durch die man die Socialdemokratie zu drangsalieren wünschte. Trotzdem haben die Junfer stramm für jene Gesetzentwürfe geworben und gestimmt. Wären sie aber Gesetz geworden, so würden sie jetzt zweifellos gegen den Bund der Landwirte von strebsamen Staatsanwälten angewandt werden.

Das „Posener Tageblatt“ meldet: Der Erlass des Staatsministeriums über das Verhältnis der Staatsbeamten zum Bunde der Landwirte ist in der That bereits vor einigen Tagen ergangen. Er ist an alle Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten in Sigmaringen gerichtet und streng secret. Was darüber in mehreren Blättern verlautet, ist danach mit Vorbehalt aufzunehmen. In dem Erlass soll den Landräten und andern politischen Beamten verboten werden, dem Bunde der Landwirte anzugehören und seine Bestrebungen zu unterstützen, den Kreisblättern soll die Aufnahme von Publikationen des Bundes der Landwirte untersagt werden u. dergl.

An der Richtigkeit dieser Meldung ist nicht zu zweifeln; das geht schon aus dem Ernst hervor, mit dem die bündlerische Presse die Angelegenheit behandelt. Der Bund der Landwirte ist damit unter die Vereine ausgenommen, vor denen sonst nur die Unterbeamten „gewarnt“ werden.

Landrat, Kreisblatt, Bund der Landwirte, Konservative — das ist auf dem Lande seit längerer Zeit eine Alique. Die Kreisblätter treiben vielfach unter amtlichem Siegel die agrarische Politik des Bundes. Wird ihnen jetzt eine gouvemenmentale Politik anbefohlen, so geraten sie in einen ergötzlichen Konflikt der Geschäftsinteressen. Sie leben von dem Monopol der amtlichen Anzeigen (Holzverkäufe usw.) und machen dadurch eine unabhängige Lokalpresse finanziell unmöglich. Andererseits sind ihre Abonnenten zum großen Teil Landwirtsbündler. Wie also soll man jetzt verfahren? Treten sie für den Bund ein, entzieht die Regierung ihnen die amtlichen Inserate. Unterstützen sie die Regierung, so laufen ihnen die Abonnenten fort. In beiden Fällen werden sie geschädigt. Es wird ein lustiges Schauspiel sein, zu beobachten, wie sich die Leiber immer noch recht einflussreiche vorkommende Kreisblatt-presse aus der Klemme ziehen wird.

Für den Bund der Landwirte würde diese amtliche Verfehlung eine Kraftprobe bedeuten können, wie weit die agrarische Bewegung aus eigenen Mitteln ohne behördlichen Schutz sich zu entfalten vermag. Das innerlich Starke und Berechtigte wächst ja unter Verfolgungen. Freilich allzu schlimm wird die Sache nicht werden. Die Bündler werden eben so wenig Gelegenheit erhalten, wirklich Märtyrer ihrer Ueberzeugung zu werden, wie es die mit vollem Gehalt in Ruhestand versetzten Landwirte nötig haben, betteln zu gehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt ganz umstürzlerisch:

Wir wollen bleiben, was wir gewesen sind. Unsere Gegner sollen nicht den Triumph erleben, daß die Maßregeln uns in ein anderes Fahrwasser gerieben hätten. Von unsern Ueberzeugungen geben wir nicht ein Zetelchen preis... Was wollen so kleine, so kleinliche Maßregeln sagen gegen die große Bedeutung unserer Sache, gegen die gewaltigen Kämpfe, die wir in erster Linie zu führen berufen sind! Ueber solche Dinge schreibt die Geschichte ehernen Fußes hinweg, und sie richtet auch darüber. Wir überlassen ihr das Gericht.

Auch sonst umwittert schlimme Umstürzluft die ordnungstüchtigen Bündler. Die braven Stadtverordneten in Dramburg haben Einspruch erhoben gegen den Fadelzug zu Ehren des gemahregelten Landrats v. Brodhausen. Die hiergegen an den Regierungspräsidenten von Köslin gerichtete Beschwärde lautet:

Morgen Abend soll hier in der Stadt mit polizeilicher Genehmigung ein Fadelzug dem Landrat z. D. v. Brodhausen dar-

In Rennes.

Die Freitag-Sitzung wird um 6 Uhr 35 Minuten eröffnet. In dem Saale ist überaus zahlreiches Publikum anwesend. Drehfus scheint vollständig ruhig. Demange erhebt das Wort zu seiner Verteidigungsrede.

Die Verteidigungsrede.

Mit dieser Bewegung, so erzählt der telegraphische Bericht der „Post“, erhebt sich Demange zunächst dagegen, daß die Verurteilung der Parteien die Formel geschaffen haben: „Drehfus' Anschuld ist die Verurteilung des Heeres“. Das ist ein Wahnsinn, der nicht scharf genug bekämpft werden kann. Er habe seit seiner Kindheit das Heer achten und lieben gelernt. Als Franzose, als Sohn eines Soldaten, habe er in seiner Seele graulich gelitten, als er diese ungeheuerliche Verquickung zweier Begriffe gesehen habe, die nichts mit einander gemein haben. Die Ehre des Heeres werde nicht im entferntesten darunter leiden, wenn die unzweifelhafte Anschuld Drehfus' verurteilt werde.

Der Verteidiger erinnert zu hochernsten, eindringlichen Worten die Richter daran, daß das Urteil des höchsten Gerichts ihnen ihren Weg genau vorzeichne, und er erklärt dieses Urteil, daß keinen Zweifel darüber läßt, daß die einzige gesetzliche Unterlage des 1894er Urteils gegen Drehfus, das Begleitschreiben, das Wert Esterhazy sei. Die Richter von 1894, rufte er, waren ehrenhaft wie Sie. Glauben Sie, daß Sie Drehfus verurteilt hätten, wenn Sie die Gutachten der Schriftsteller von 1893 gekannt hätten, die ohne Zögern das Begleitschreiben Esterhazy zugeschrieben? Gleich bei Beginn dieser Verhandlungen scheine den Richtern ein Andreus Drehfus' nach seiner Verurteilung aufgefallen zu sein. „Zwei Jahre wird meine Anschuld an den Tag kommen!“ hatte Drehfus gerufen, und die Richter fanden das auffallend und suchten dahinter irgend eine dunkle Bedeutung, und doch sei die Sache sehr klar. Man hätte Drehfus gesagt, die Nachforschungen seien dadurch sehr erschwert, daß man durch diplomatische Rücksichten gehemmt sei. Er begriff das und hat mir, man müde trotzdem weiter suchen. Es werde wohl lange dauern, vielleicht zwei, vielleicht drei Jahre, aber schließlich werde man trotzdem ans Ziel gelangen. Das habe Drehfus damals seinem Verteidiger gesagt, das habe er in den Briefen von der Zerkleinerung, deren einige der Verteidiger vorliest, fortwährend wiederholt, so daß über den Sinn der Worte, die zu einer Sagenbildung Anlaß gegeben, kein Zweifel bestehen könne.

Während Maître Demange die Briefe von der Zerkleinerung in der Hand hielt, die die grauenhafte jüngste Vergangenheit von Drehfus Seele herausbeschwören und alle seine kaum überstandenen Qualen erneuern, kam Drehfus, der, halb zu seinem Verteidiger gewendet, zuhört, seine Bewegung nicht bemerken, und seine zusammengezogenen Gesichtsmuskeln verraten, ohne daß er es merkt, einen solchen Schmerz, daß einige der Richter, die ihn bis dahin betrachtet haben, den Blick nicht ertragen und die Augen von ihm abwenden. Maître Demange erwähnt das berühmte Argument von den fünf Kriegsministern. Eine Anzahl großer Generale haben hintereinander ihre Heberzeugung von Drehfus' Schuld ausgesprochen und unerschütterlich aufrecht erhalten. Worauf gründet sich aber diese Heberzeugung, die auf viele solchen Eindruck macht? Auf ein einziges Beweismittel, das Begleitschreiben! Alles Uebrige ist eine Anhäufung von Vermutungen und Möglichkeiten, doch keine bestimmte, beweisende Tatsache. Daß die Generale diesen Vermutungen in ihrem Bewußtsein den Wert von Beweisen beimessen konnten, ist lediglich aus ihrem Seelenzustand zu erklären. Sie haben sich heftig angegriffen, sie begannen das räthselhafte Wort zu wiederholen: „Wir haben zwischen Drehfus und der Ehre des Heeres zu wählen“, und von da ab konnten sie nicht mehr zugeben, daß Drehfus' Anschuld ihnen bewiesen werden könne.

Worauf gründeten die Ankläger in dieser neuen Verhandlung ihre Beschuldigungen? Auf drei Ordnungen von angeblichen Beweisen: erstens auf das Geständnis, zweitens auf die Geheimpapiere, die allerlei Vermutungen rechtfertigen sollen, drittens auf das Begleitschreiben, und zwar auf dessen Inhalt und auf dessen Schrift. Der Verteidiger verpricht, diese Punkte der Reihe nach zu prüfen.

Das angebliche Geständnis.

Zunächst das Geständnis. Das höchste Gericht hat endgültig unanfechtbar geurteilt, daß Drehfus niemals ein Geständnis abgelegt hat, und der Regierungskommissar war gestern wohlberaten, als er von diesem angeblichen Geständnis in seiner Anklagerede kein Wort laut werden ließ. Da aber zahlreiche Zeugen unständig über diesen hübslichen Punkt ausgefragt haben, will auch er dabei verweilen.

Maître Demange zeigt die Sonderbarkeit der Geschichte dieses angeblichen Geständnisses. Unmittelbar danach ist nirgendwo davon die Rede, keine Erwähnung in der Dienstmeldung Ledru-Rennaults, keine bestimmte Fassung in einem gleichzeitigen Berichte des Generals Gourle an Voisidre, kein Wort in den Meldungen an General Saussier. Mercier will Ledru-Rennault zu Casimir Perier geschickt haben, um ihm von dem Geständnis zu sprechen. Ledru-Rennault sagt zu Casimir Perier kein Wort; er will eingeschickert gewesen sein. Aber Ledru-Rennault war auch beim Ministerpräsidenten Dupuy! Ihm sagt er kein Wort! War er etwa auch bei Dupuy eingeschickert? Die Wahrheit ist, daß Ledru-Rennault wirklich gesprochene Worte mitgebracht und es fast nachträglich umgedeutet hat. Drehfus sprach Worte nach, die du Path de Clam ihm gesagt hatte und gegen die er sich heftig erhob. Du Path de Clam leugnet jetzt, von Anklörung gesprochen zu haben, aber bei den Gerichtsschriften liegt seit Jahren ein infolge dessen nicht anzuzweifelnder Brief, den Drehfus seinem Verteidiger am Abend seiner Degradierung schrieb, worin er ihm den Besuch du Path de Clams und das mit ihm geführte Gespräch erzählt, und wo er berichtet, du Path de Clam habe ihn gefragt, ob er nicht etwa zur Anklörung wertlose Schriftstücke ausgeliefert habe. Was wegen angeht dieses unmittelbar nach dem Gespräch niedergeschriebenen Berichtes eine Anklage du Path de Clams, die fast fünf Jahre später und unter der Einwirkung aller bekannten Ereignisse gemacht wird? Vom Geständnis bleibt also schlechterdings nichts übrig, nicht bloß rechtlich wegen des Urteils des höchsten Gerichts, sondern auch sachlich wegen der Unmöglichkeit aller Behauptungen, die sich darauf beziehen.

Die Geheimpapiere.

Demange beleuchtet nun die Geheimpapiere, aus denen insbesondere Cavaignac eine tödliche Waffe gegen Drehfus schmieden wollte. Der Briefentwurf „doute prouve“ Schwartzenens wird von Cavaignac auf Drehfus bezogen. Das ist nur möglich, weil er den deutschen Wortlaut teils unvollständig, teils falsch übersezt. So giebt er das Wort „patent“, nämlich Offizierspatent, mit lettres de services wieder, während die richtige Uebersetzung brevet d'officier ist und ganz etwas anderes bedeutet. Unverständlich, wenn man es auf Drehfus anwenden will, wird das „doute prouve“-Papier im Gegentheil sonnenklar, wenn es sich auf Esterhazy bezieht.

Das Papier Dubignon irrt nicht davon, daß Banizardi einen Freund habe. Das muß Drehfus sein! Warum? Weil im Papier „so canaille“ von einem D die Rede ist! Das ist nämlich der Anfangsbuchstabe von Drehfus. Wie! Zwei hohe Offiziere nennen in ihrem Briefwechsel einen Mann einmal ihren Freund und tags darauf eine Kanaille? Nein, der Freund ist wirklich ein Freund, den die Offiziere rechtmäßig haben; wer aber D ist, das erblickt aus den anderen Geheimpapieren. Es ist jener Dubois, der den Attachés Blätter der Heberzeugung der Befestigungen lieferte. Man hat auch hartnäckig nachzuweisen gesucht, Drehfus habe sich Blätter dieses Planes verschaffen können. Es bleibe dahingestellt, ob diese Möglichkeit, die an sich gar nichts beweisen würde, wirklich bestand. Aber aus den Geheimpapieren erhellt, daß die Attachés jedes Blatt des Planes ihren Lieferanten mit 10 bis 20 Fr. bezahlten, daß die ersten Blätter 1892, andere 1893, 1894, 1895, die letzten 1897 geliefert wurden. Glauben die Richter wirklich, daß Drehfus 10 und 20 Fr. nachließ und

Der Abhaltung der Parteikonferenz für die Provinz Wosgen hatten sich anfangs vielerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Diese sind jetzt jedoch beseitigt, so daß die Verhandlungen nun am 10. September in Kolmar beginnen werden.

Der frühere Polizeikommissar Köster aus Wosgen, jetzt Agent, wird von der Armenverwaltung in Wosgen flehentlich verfolgt. Er hat seine Familie im Stiche gelassen, so daß diese der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen ist. Die Armenverwaltung fordert auf, ihn festzunehmen und auf Grund des § 381 des Strafgesetzes gegen ihn vorzugehen.

Auch der Verfasser der neuesten Subeilei gegen die Socialdemokratie heißt Köster, stammt aus Wosgen, war früher Polizeibeamter und ist jetzt Agent.

Stimmungsbilder von der „Affaire“.

Ueber die Mittwoch-Sitzung schreibt unser Berichterstatter aus Rennes untern 6. September:

Hier weht ein scharfer Wind. Die skandalöse Haltung, die schamlosen Lügen, die verleumderischen Verdächtigungen der Vertreter des Generalstabes haben die Erregung der Freunde Drehfus' bis zum Uebermaß gesteigert.

Zu der That ist es unmöglich, sich eine genaue Vorstellung von der niedrigen Stimmung mancher Offiziere zu machen. Heute stieg der Kommandant Lauth noch unter den Schmutz hinab. Dieser Kommandant, der sich bis jetzt in alle schmutzigen Affairen, insalle im Kriegsministerium begangenen Verbrechen einmengt hat, dieser Kommandant, der der Urheber der Radierung des „Petit bleu“, also einer Fälschung ist, hat sich erlaubt, vor den Gerichtshof niedrigeres Polizeigeschäft gegen den Oberlieutenant Picquart zu bringen. Er sagte, daß er eines Tages einem Kameraden, der nach den Kolonien abging, ein Abschiedsdiner gab, zu dem er alle Offiziere des Bureaus mit Einschluß des Oberst Picquart geladen hatte. Und Picquart habe zu diesem Diner, an dem Frau Henry und Frau Lauth teilgenommen, ein leichfertiges Frauenzimmer mitgebracht, um so seine Mißachtung gegen die Offiziere seines Bureaus zu bezeugen. Zweifellos aber ist die von Lauth erzählte Geschichte in allen Punkten ungenau. Picquart verlangte von seinem Platz, dem Kommandanten Lauth zu antworten. Aber der Präsident Jouaust war wachsam und mit seiner gewohnten Parteilichkeit verbot er es, dem niedrigen Verleumder entgegenzutreten, der soeben auf dem Zeugenstand unter seinem Eide eine Lüge mehr erzählt hatte. Daher beabsichtigte Picquart, den Kommandanten Lauth beim Verlassen des Saales zu treffen, um ihn zu überfallen. Ohne das Dazwischentreten von Picquart's Freunden sowie der Sicherheitswache hätte Lauth eine fröhliche Vertheidigung erfahren. Er verbarg sich, blah vor Jurys, hinter den Generalen.

Allmählich kommen alle, die den Verhandlungen folgen, in eine überaus erbitterte Gemüthsverfassung. Es scheuten sich Gewaltthätigkeiten vorzubereiten und mangels anderer Waffen werden vielleicht bald die Hämste gebraucht werden.

Trarieux sagte heute keine Anklage oder vielmehr kein Plädoyer fort. Die Generale, die förmliche Anklagereden gegen Drehfus gehalten hatten, verhehlten nicht ihren Kummer, auf dem Zeugenstand die ganze Affaire von dem früheren Siegelbewahrer erzählen zu hören. Der Präsident Jouaust beunruhigte sich, während der meisthöflichen Ansprachen Trarieux die Stimme zu runzeln und verzweifelt seinen langen Schmutzrock zu streifen, aber er wagte es nicht, den Zeugen zu unterbrechen. War er durch die stinkende Verleumdung und den Ton der Heberzeugung fortgerissen? Oh nein! Als guter alter eingetriebener Soldat, der er ist, wagte der Oberst Jouaust deswegen keine Unterbrechung, weil ein früherer Justizminister vor ihm sprach. Und fälschlich, vor einem Minister hat ein Oberst zufolge der Disziplin zu schweigen.

Im Verlauf der Fragen, die Labori an Trarieux richtete, trat auch General Jurinden auf. Bekanntlich war er es, der die Verfolgungen gegen Picquart anordnete, den der Generalstab anklagte, das Petit bleu radirt zu haben. Von dem Verteidiger Drehfus' in die Enge getrieben, wurde General Jurinden zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Radierung erst nach der Abreise Picquart's geschehen ist.

Und hierbei ereignet sich ein Zwischenfall von außerordentlicher Wichtigkeit. Labori bittet den Hochwürdigen, den vom Minister des Reichens entlassenen Paläologue aufzufordern, ein auf das Petit bleu bezügliches Stild, das dessen Authentizität in unüberleglicher Weise feststellt, zur Verlesung zu geben.

Paläologue, auf den Zeugenstand gerufen, erklärt, daß aus einer Unterredung zwischen dem deutschen Gesandten v. Münster und dem Minister des Reichens Delcassé hervorgehe, daß der Oberst Schwartzenkoppen zugegeben hat, mehrere Petit bleus an den Major Esterhazy geschrieben zu haben und daß er sehr wohl auch das Geschriebene haben könne, das dem Oberst Picquart zugefickt sei.

Die Bewegung, die durch diese wichtige Erklärung im Saale hervorgerufen wird, ist außerordentlich. Das ist ja der deutlichste Beweis, daß Esterhazy der Verleumder ist, und es ist der amtlich erbrachte Nachweis vom guten Glauben Picquart's.

Werden die Richter es wagen, nach diesen Enthüllungen den unschuldigen Drehfus zu verurteilen?

Bei militärischen Richtern muß man sich auf alles gefaßt machen. Und wenn man sieht, wie der Oberst Jouaust, der doch weiter nichts als Licht und Wahrheit suchen sollte, bei den Verhandlungen sich einmischte, um zu verhindern, daß peinliche Fragen gestellt werden, um zu verhindern, daß die Vertreter des Generalstabes in flagranti bei fälschem Zeugnis ertappt werden, so fragt man sich, ob sein Spruch nicht schon feststeht, und ob er nicht, Gerechtigkeit und Recht verbühnend, trotz allem eine Verurteilung erziehen will.

Die Anklage Trarieux bringt auch den General Villot auf den Zeugenstand. Auch dieser stellt, daß alles einführt. Daher verweigert er sich mit wehrlichen Worten und sucht seine Haltung in der Picquart-Affaire zu entschuldigen.

Aber als wichtiger Soldat der Jesuiten findet er schließlich einen neuen Kniff. Die Spionage-Affairen, sagt er, sind so verwickelt, daß ein Einverständnis zwischen Drehfus und Esterhazy wohl hätte stattfinden können.

Bei diesen Worten erhebt sich Labori und protestiert heftig. Auch Drehfus hat sich voll Unwillen über diese neue Plauderei erhoben. Und als Labori den General Villot auffordert, sich zu erklären, entzieht ihm der Präsident Jouaust unter allgemeinem Unwillen das Wort. Der Arm wird so stark, daß der Präsident mit der Räumung des Saales droht.

Wahrlich, bei dieser Affaire wird es unmöglich sein, alle wesentlichen Standpunkte der Anklage zu bestimmen. Kaum zeigt sich ein Mittel zur Vernichtung Drehfus' als ungeeignet, so wird sofort ein anderes Mittel hervorgeholt.

Unnötig ist es, bei der Verlesung der Anklage zu verweilen, die von du Path de Clam, der durch eine sehr gelegene Krankheit am Erscheinen verhindert ist, abgegeben wurde. Nach dem, was man von ihm weiß, könnte man sich denken, was dieser Kunde sagen würde. Nachdem er der teuflische Beamthalter der Verurteilung Drehfus' gewesen war, und nachdem er an allen Fälschungen des Generalstabes mitgearbeitet hatte, hat er ja noch einige Tage vor dem Prozeß den General Mercier das famose Stild Schneider zugefickt, das man betrügerischerweise in das geheime Dossier einzuwickeln versuchte.

Die lange Anklage des Genossen und Mitschuldigen Merciers, die man verlas, enthielt dem auch nur eine Festsetzung alles dessen, was der General Mercier gesagt hatte. Man hat du Path im Generalstab selbst als den Erbärmlichsten der Erbärmlichen behandelt! Was liegt daran? Man braucht seine Hülfe zur Rettung des Generalstabes; denn nur von ihm allein kam die Rettung noch kommen. Wenn der Generalstab dagegen unterliegt, so wird du Path sein Verbrechen mit den andern Verbrechen vor Gericht verantworten müssen.

Mit großer Ungeduld erwartet man im Publikum die Antworten des Kaisers von Deutschland und des Königs von Italien auf die Telegramme, die Labori an sie gerichtet hat.

zutreibt; er hindert zwar niemanden im freien Verlehn auf der Straße; er stört keinen Nebenmenschen — außer den Streiberecher suchenden Kapitalisten, aber die Polizei zieht ihre Verordnung hervor, wendet sie an auf den Fall, auf den sie anzuwenden ihrem Kräfte und ihrem Sinne nach nimmermehr möglich ist. Und es finden sich Richter, welche diese Beschränkung des Arbeiter-Koalitionsrechts durch derlei Polizeimethoden gut heißen!

Aber vielleicht verfolgen die Richter die tödliche Absicht, zu erweisen, daß das Zuchthausgesetz unzulässig ist!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die Offenener Strafkammer am 6. September gegen den Maurer Wilh. Bunsche aus Gelsenkirchen. Der Angeklagte soll sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Auf 3 Monate Gefängnis lautete das Urteil.

Ausland.

Attentatsprozess in Serbien.

Der Prozess wegen des angeblichen Vordanschlags auf Erzherzog Milan hat am Freitag begonnen. Vor dem Gerichtssitz liegen blutbesetzte Kleidungsstücke des Adjutanten Jukić. Auf der Anklagebank nehmen 24 Personen Platz. In der vordersten Reihe sitzt Knezević, von vier Gendarmen bewacht. Knezević, wie alle andern Angeklagten, sind ungeschleht, doch sieht man an seinen Handgelenken die Zeichen der bisherigen Fesselung. Im Zuschauerraum befinden sich etwa 200 Personen, darunter Mitglieder des diplomatischen Korps, sowie auswärtige und hiesige Journalisten.

Unmittelbar nach dem Eintritt der Angeklagten beginnt die Verlesung der Anklage. Diese richtet sich in erster Reihe gegen Knezević, der das Attentat auf Milan ausgeführt hat. Die Anklage erzählt den Vorfall, wie er aus den damaligen Mitteilungen wohlbekannt ist. Es geht auch daraus das Geständnis des Attentäters hervor, daß er für das Attentat gebunden sei, um die Dynastie Karageorgievic auf den Thron zu bringen. Es wird ferner behauptet, daß das Attentat nicht der Ausfluß eines augenblicklichen Entschlusses, sondern wohlbedachter Ueberlegung und einer lange vorbereiteten Verschwörung sei.

Aus Belgrad wird telegraphiert: Der in dem Hochverratsprozesse angeklagte Präfeld Jivko Angelijich wurde am Freitag früh in seiner Kerkerzelle erhängt aufgefunden.

Schweiz.

Jürich, 7. September. (Fig. Ver.) Ende Oktober finden die Nationalratswahlen statt und bereits sind unsere rührigen Genossen als erste auf dem Platze erschienen. Am Montag fand eine Vertrauensmänner-Versammlung statt, in der einstimmig beschlossen wurde, wiederum im 1898 eine volle Sechserliste aufzustellen, da der Wahlkreis Jürich sechs Abgeordnete für den Nationalrat zu wählen hat. Bekanntlich war vor drei Jahren in Jürich Genosse Greulich im dritten Wahlgang nahe daran, gewählt zu werden, trotzdem Liberale, Konservative und Demokraten, alles sonstigen Habers vergebend, wie ein Mann zusammenkamen, um die socialistische Gefahr abzuwenden. Vielleicht gelingt es diesmal, neben Vogelzanger einen zweiten Abgeordneten durchzubringen.

Portugal.

Oporto, 8. September. Gestern sind hier zwei neue Verfälle vorgekommen.

Das Amtsblatt der portugiesischen Regierung veröffentlicht eine königliche Verordnung, durch welche die Professoren Ricardo Jorge und Pestan beauftragt werden, als Delegierte der Regierung gemeinsam mit den von fremden Regierungen zum Studium der Pest nach Oporto entsandten Ärzten zu einer außerordentlichen Kommission zusammenzutreten, um die Wirkung der verschiedenen Arten von Serum und Impfstoff zur Verhütung oder Heilung der Pest zu prüfen und über das Ergebnis zu berichten.

Amerika.

New York, 8. September. Das Kriegsdepartement hat ein Telegramm an den General Otis geschickt, in welchem ihm mitgeteilt wird, daß er als Kommandant der philippinischen Truppen durch den General Miles ersetzt wird.

Partei-Nachrichten.

Eine Verbrecherbande. Aus den im Rotkalender für 1900 gegebenen biographischen Angaben über unsere 57 Reichstags-Abgeordneten geht hervor, daß 40 von ihnen mit Freiheitsstrafen belastet sind von zusammen 635 Monaten oder durchschnittlich der Mann mit 15 1/2 Monaten. Diese Strafen, die sämtlich in Dienste der Freiheit erworben wurden, bilden ein wertvolles Stild Geschichts aus dem Befreiungskampfe der deutschen Arbeiterklasse. Und sie sind doch nur ein kleiner Bruchteil der über die organisierten Arbeiter und ihre Vorkämpfer seit dem Versich der deutschen Socialdemokratie verhängten Strafen.

Parteikonferenzen. Auf einer Parteikonferenz für den 8. und den 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis wurde entschieden, daß am 4. September 1898 noch eine aus der Reichstagswahl herrührende Schuld von 5278 M. vorhanden war, die jetzt gedeckt ist. Die Einnahme der Organisation betrug im abgelaufenen Jahre 4195 M. und die Ausgabe 3970 M. Die Kosten der Reichstagswahl belaufen sich auf 2200 M. Im vorigen Herbst wurden in beiden Kreisen 20 000 Wollstalten verteilt. Es wurde in der Debatte hervorgehoben, daß die Genossen von Altona und Wandsbek die Kosten für die Agitation im 10. Kreise fast allein aufzubringen hätten, und daher komme es, daß sie für die Provinz und für die Hauptkassette nicht soviel leisten könnten, als es ihrer Bedeutung angemessen wäre.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Dielefeld nahm den Antrag an, daß nur solche Delegierte nach Hannover geschickt werden, die dort einer möglichst kräftigen Beteiligung an den Landtagswahlen durch ihre Abstimmung keinen Stein in den Weg legen.

Die Abrechnung ergab 1500 M. Einnahme und 500 M. Ausgabe. Dem Parteiblatt wurden dann 500 M. bewilligt. Auch die Kreisversammlung für den Wahlkreis Herford-Saale beauftragte ihren Delegierten zum Parteitage, für Beteiligung an den Landtagswahlen einzutreten.

In einer Partei-Versammlung in Halberstadt sprach Dr. Grohn über Vernunft. Er sagte:

Nicht durch Majoritätsentscheide, sondern nur durch wissenschaftliche Forschung, durch das Für und Wider bildet sich die Meinung weiter; lassen wir also ruhig die Theoretiker allmählich das herausfinden, was richtig ist. Die Partei der Socialdemokratie, sagte ich, bleibt bei alledem was sie ist und was sie war. An bestimmte Leitsätze von Marx und Engels ist sie nicht gebunden, wenn neue Erscheinungen aufstehen, die denselben widersprechen. Wir würden zu einer dogmatischen Partei verkommen, dürfen wir unter allen Umständen nicht davon abgehen, was unsere großen Männer gesagt haben. Wir sehen es an Lassalle, dessen Gedanken hochgehalten wird, trotzdem einzelne seiner Theorien heute für uns nicht mehr gelten. Das zeigt gerade die Kraft und die Gewalt der Socialdemokratie, daß ihr Bestand gar nicht von einzelnen Theorien abhängt. Was aber als ihr Ziel unüberwindlich bestehen bleibt, ist auf socialen Gebiete die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und auf politischem Gebiet das Streben nach politischer Macht, nach freier Demokratie. Die Wege, die zu diesem Ziele führen, können abgeändert werden, die Socialdemokratie bleibt bestehen.

namentlich, daß er 1897 Verrot löste? Woher Dubois die Blätter hatte, das wäre zu untersuchen. Jedenfalls steht fest, daß er sie geliefert hat und daß er der D. des „ce canaille-Papiers“ ist.

Der Redner prüft der Reihe nach mit eingehendster, peinlichster Kritik alle anderen Papiere, von denen jemals die Rede war, und nachdem er gezeigt hat, wie gezwungen, wie gequält und häufig wie offenbar widerständig man sie geübt hat, um sie auf Drehfus beziehen zu können, fährt er fort: „Man kann sich eigentlich alle diese Einzelheiten ersparen angesichts der großen Thatsache, daß beide in Frage kommende Attaches öffentlich ihr Ehrenwort gegeben haben, daß sie nie mittelbar oder unmittelbar mit Drehfus in Beziehung gestanden.“

Die Richter mögen sich auch der öffentlichen Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen der einen Nacht vor dem Reichstage seines Landes und des Pariser Votschafers der anderen Nacht, Trarieux gegenüber, erinnern. Von Drehfus hieß es in der Erklärung vor dem Reichstage: „Wir haben niemals zu Drehfus unmittelbare oder mittelbare Beziehungen unterhalten.“ Dagegen von Esterhazy: „Bis vor vier Wochen habe ich diesen Namen nicht gekannt.“ Würdigen Sie den Unterschied! Und der Votschaffer, sagte er nicht noch deutlicher dasselbe, bestritt er nicht bestimmt jede Beziehung zu Drehfus, erklärte er nicht, man habe früher diese Versicherung nicht abgeben wollen, weil man zuerst genau untersuchen, ob auch willig nicht auf einem Seitenwege, mittelbar durch irgend einen unentdeckten Mittelsmann Verührungen bestanden, und daß man die Unschuld des Drehfus feierlich erst beteuerte, als diese Untersuchung ein völlig verneinendes Ergebnis geliefert hatte? Will man die Aufrichtigkeit aller dieser übereinstimmenden amtlichen Erklärungen anzweifeln? Das ist unzulässig. Eine Regierung setzt sich nicht der Gefahr aus, eine feierliche amtliche Erklärung Lügen gestraft zu sehen, ein Militärattaché weicht seiner eigenen Regierung, seinem eigenen Souverän gegenüber gewiß nicht von der Wahrheit ab. Das Geheimbündel ist erschöpft, die angeblichen Schuldbeweise, die es liefern soll, sind vernichtet. Es bleibt nichts übrig als die Unmöglichkeit, Drehfus ernstlich einer Schuld zu bezichtigen.“

Hier tritt eine Pause ein, nachdem ein strenger Ruf des Vorsitzenden einen Anfang von Händellatschen unterdrückt hat, in das der Saal unauffällig ausbrechen wollte.

Eugenbildung.

Nach der Pause zeigte Maître Demange an einem Beispiel, wie Eagen um einen Kern von Wahrheit entstehen, sich allmählich zu einem ungeheuerlichen Gewächs entwickeln. Nach dem ersten Drehfus-Prozess besaß Mathias Drehfus in Begleitung eines Fremden Sandherr und bittet ihn, die Nachforschungen nach dem Schuldigen fortzusetzen, wenn es Geld kosten solle, sei er bereit, sein ganzes Vermögen für diese polizeilichen Nachforschungen zu opfern. Aus diesem Gespräch wurde allmählich ein dreifacher Befestigungsversuch. Der Zeuge Penot wußte von Sandherr's Empörung höchst eindrucksvoll zu erzählen. Sandherr's Witwe gab Einzelheiten an, man nannte den Betrag, den Mathias Drehfus Sandherr anbot. Wer konnte da noch zweifeln? Nun wußte General Goussé selbst einen gleichzeitigen Bericht Sandherr's über den Besuch. Keine Andeutung von Bestechung und die von so vielen scheinbar glaubwürdigen Zeugen bekräftigte Sage brach sich zusammen.

Dieser eine Fall, der durch eine zeitgenössische unanfechtbare Urkunde aufgehellt werden konnte, wirft ein blendendes Licht auf alle anderen belastenden Zeugenaussagen, die hier gehört wurden. Die meisten davon sind neu, 1894 waren sie unbekannt. Zum erstenmal erschienen sie 1898, als es galt, die Wiederaufnahme vor der Strafkammer zu bekämpfen. Ein Schuldbeweis soll es beispielsweise sein, daß Drehfus eines Tages zu ungewohnter Stunde im Generalstab war. Zahlreiche Zeugen haben zu diesem Punkte eifrig ausgesagt. War Drehfus um ein Uhr da, so war es normal, war es aber 1 Uhr 21 Minuten, so war es verdächtig und Drehfus spionierte. Und nach vier Jahren wollen Zeugen mit einer Genauigkeit von einer halben Stunde den Zeitpunkt einer Wahrnehmung angeben, die ihnen im Augenblick selbst völlig unwichtig schien? In dieser Einzelheit kann man die Arbeit verfolgen, die im Geiste der Zeugen Jahre nach den Ereignissen, über die sie aussagen, vor sich ging. Eines Tages behielt Drehfus eine Tabelle, die er drucken lassen sollte, irrtümlich 24 Stunden bei sich. Da haben wir den Schuldbeweis! Er wollte die Tabelle ausliefern. Sehen Sie diesen Spion, der die Tabelle unter dem Arm trägt, als er zugleich mit Hauptmann Galopin den Generalstab verläßt, der die Tabelle vor Galopin dem Hauptmann Binder zeigt, als sich die beiden auf der Concordienbrücke begegnen. Das sind ja wohl die Wohnheuten der Spione, die Tabellen auszuliefern gedenken!

Betrachten wir die Aussagen der Zeugen des Herrn Beaurepaire! Zuerst die Geschichte Mertian de Millers. Sie ist nicht ernst zu nehmen. Wer sagt, daß die Zeitung, die er gesehen hat, die Zeitung des Kaisers war? Ist Müller nicht das Opfer eines Spahvogels geworden, der ihm einredete, er führe ihn in das Zimmer des Kaisers? Demange zeigt ferner, daß die Worte: Drehfus ist gefangen“, dem deutschen Sprachgebrauch zuwider sind.

Das Zeugnis du Breuil's über das Rendezvous bei Madame Dobson ist durch das Zeugnis Emolles widerlegt. Das Zeugnis Germain's über die Teilnahme Drehfus in den deutschen Wandern durch das Zeugnis von Germain's Prinzipal Kullmann. Die Erzählung des Zeugen Villon, der im Berliner Central-Hotel das Gespräch zweier deutscher Generalstabsoffiziere gehört haben will, ist unmöglich. Es genügt schon, darauf hinzuweisen, daß die Offiziere im Mai gesagt haben sollen, Drehfus hat uns die hydraulische Dremse gebracht, während das Vorderrohr erst aus dem Kugelstamm kam.

Es bleibt der Zeuge Cernudi. Sie wissen, daß er uns unter Anschluß der Öffentlichkeit noch zwei andere Namen als Drehfus genannt hat. Wie, er kennt vor der Verhaftung Drehfus' die ernstesten Dinge und spricht erst heute davon? Seine Geschichte entspringt einer kranken Phantasie, und Sie kennen die Mitteilungen, die beweisen, daß Cernudi ein Geistesgestörter ist.

Vertagung des Prozesses.

Sie sehen, es lohnt nicht, die Zeugnisse drücker, denn ich sage nicht einmal zweiter Serie, zurückzuhalten. Wir kommen zu dem einzigen materiellen Beweise, dem Vorderrohr. Ich hoffe, daß wenn ich auch nicht volles Licht machen kann, was mir unmöglich scheint, es mir gelingen wird, Ihnen zu zeigen, daß auch die technische Diskussion des Vorderrohrs keinen Schuldbeweis geliefert hat.

Der Präsident unterbricht hier Demange und fragt ihn, ob er einwillige, morgen fortzufahren.

Nachdem Demange bejaht, vertagt der Präsident den Prozeß auf Sonnabend um 10 Uhr. Die Thatsache, daß die Verhandlung eine Stunde später als sonst angesetzt wird, scheint zu beweisen, daß man das Urteil erst am Montag fällen wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tapiezierer. Mit der Firma Jädel fand gestern eine Verhandlung statt, welche jedoch durch das Verhalten des Herrn Jädel resultatlos verlief. Nur ein Streikbrecher ist bisher in Arbeit getreten. Bei der Firma Zölpe haben heute die Kollegen ebenfalls ihre Forderungen vorgelegt, welche jedoch rundweg abgelehnt wurden. Zuzug ist unbedingt fernzuhalten. Wir bitten die Kollegen, das Arbeitsnachweise-Bureau, Schützenstraße 18-19, zu benutzen und sich nicht auf Insulte zu verlassen, da alle Unternehmer, bei denen Differenzen auszubrechen drohen, eifrig amonicierten. Auf dem Bureau bleiben täglich unbefetzte Stellen liegen.

Die Agitations-Kommission.

Achtung, Bildhauer des In- und Auslandes!

Die Holzbildhauer Berlins sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beschloßen, ihren Prinzipalen folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Einführung der 50stündigen Arbeitszeit pro Woche, 2. Verringerung der Accorarbeit in den Werkstätten, wo diese noch besteht, und allgemeine Einführung der Lohnarbeit. Minimallohn von 24 M. pro Woche, 10 Proz. Lohnzuschlag für jeden Bildhauer und 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden.

Die auswärtigen, besonders die ausländischen Kollegen, wie die Dänen, Oesterreicher, Ungarn, Böhmen, Italiener, Holländer, Belgier werden dringend ersucht, den Zuzug streng fernzuhalten. Sämtliche Arbeiterblätter des In- und Auslandes ersuchen wir um Abdruck der Notiz.

Das Internationale Komitee der Bildhauer,
G. Winkler, Rixdorf-Berlin, Rixdorsstr. 48, II.

Achtung, Rabizpucker! Nachdem mehrere Verhandlungen der Lohnkommission der Rabizpucker mit der Siebenerkommission der Vereinigten Gips- und Cement-Baugeschäfte stattgefunden, wurden dieselben am 8. September abgebrochen, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Es bleiben somit die der Vereinigung angehörenden Firmen bis auf weiteres gesperrt. Näheres siehe Versammlungsbericht.

Der Vertrauensmann, J. A.: Karl Riefe.

Achtung, Klempner! In der Bodenwammenfabrik von Grund, Adalbertstraße, sind sämtliche 19 Kollegen in den Ausstand getreten. Die Kollegen forderten: anständige Behandlung; Verringerung der Ueberstunden und der Strafgebühren; Ausbesserung bezw. Aufstellung eines Lohntarifs; Zahlung eines Minimallohnes von 55 M. pro Stunde; Accorarbeitern ist der Minimallohn zu garantieren; für einzelne Arbeiter ist ein Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen; Aufbesserung der schlechten Accorde; Heranschaffung des Materials mit Hilfe der Arbeitsteile; bessere Regelung der Materialausgabe; die Ausbesserung der Lohnbücher muß Sonnabends um 4 Uhr erfolgen; Sonnabends ist um 1/4 Uhr Feierabend und der Lohn bis 5/4 Uhr zu zahlen. Alle Verhandlungen zerbrachen sich an der Halsstarrigkeit des Herrn Grund, der beispielsweise zu den Kollegen sagte: Ihr seid schöne Rindviecher! Was wollt Ihr denn? Ihr wisst ja nicht, was Ihr wollt! Ueberhaupt liebt es dieser Herr, mit Titulaturen um sich zu werfen, die in Angigen „Umhang mit Menschen“ vergeblich zu suchen sind. „Ihr Lumpen“, „Saweinheude“, „Ihr seid alle Betrüger“, „Rauschen Sie nicht, Sie Kaffer“, sind noch die janzesten Ausdrücke. Andere verbietet der Anstand, mitzutheilen. Wir hoffen, daß alle Kollegen sich solidarisieren werden. Die Ortsverwaltung.

Die Hlotterer und Rohrwühler waren gestern abend wieder versammelt, um über den Verlauf der Lohnbewegung zu beraten. Die Verhandlungen sind nunmehr in die Hände der Lohnkommission übergegangen, welche eine Veränderung nicht erfolgt sei, da weder die Unternehmer Zugeständnisse gemacht, noch die Arbeiter von den Forderungen nachgelassen hätten. Ein von einem Ausständigen gestellter Vermittlungsantrag wurde nicht nur von allen Rednern bekämpft, sondern einstimmig abgelehnt. Als Unterstützung erhalten die Streikenden 9 Mark und für jedes Kind bis zu 14 Jahren je 1 Mark pro Woche, die erst am Montag, 11. September, vormittags zwischen 10 bis 12 Uhr, im Bureau Dragonerstr. 15 ausgezahlt werden.

Deutsches Reich.

Die in den Werkstätten der Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigten Klempner und Mechaniker legten wegen Lohnhöherungen die Arbeit nieder.

Eine Waffenauslieferung wird aus Dresden gemeldet; der längst erwartete Schlag der Unternehmer gegen die Steinmetzen ist erfolgt. Die Veranlassung zu dieser brutalen Maßregel gab der Streik der Berliner Steinmetzen und der im sächsischen Bruchgebiete beschäftigten. 1300 Arbeiter werden davon betroffen.

Ausland.

Die Bewegung der Matrosen-Union hat bereits in einigen Häfen (Cardiff, Liverpool etc.) zu wirklichen Arbeitseinstellungen geführt, in anderen haben die Schiffsherren durch partielle Lohnaufbesserungen das Uebel von sich abgewendet. Der Schiffsherrenverband behauptet fortgesetzt, der Bewegung mit größter Seelenruhe gegenüber zu stehen, kann aber nicht bestreiten, daß sie etwas mehr ist als bloßer Dunst. Andererseits hat die Gewerkschaft einen härteren Stand als ihre Vertreter zugeben. In einem großen Teil rührt diese Schwierigkeit von der großen Verschiedenartigkeit der Elemente her, mit denen sie zu thun hat, sowohl was die Menschen selbst als auch was ihre Beschäftigungen anbetrifft. Gerade die großen Gesellschaften mit ihren regelmäßig laufenden Dampfern sollen von der Bewegung fast gänzlich unberührt geblieben sein.

Für die ausgedehnten Arbeiter-Dänemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Petitionen ein:
Klavierschreiber, 3,50. Möbelfabrik von Ring, Waisenstraße, 48,30. Buchdrucker von Grene, 6. Rate 7,55. Maschinenfabrik von Rahl u. Wollens, 8. Rate 7,80. Wehlisen der Bildhauer von Pöschel, Reichstraße, 16. Möbelfabrik von Panke u. Reber, Königsbergerstraße, 5. Rate 15,55. Fährer von Pittner u. Pöschel, 8,50. Handklub „Freiweg“, Seidenberg 9. Bier-Bildhauer 2. Köfischer Männerchor 10. Wehler Mathiasstraße 3. Glaschleifer, Korfach auf Aktien durch Rentel 50. Tischlerei K. Singer, Wehler Ufer 21,60. Tischlerei Ruy 2,75. Möbelfabrik von Großhans, Wehler Ufer 1-2 6,45; 3-7a, Drechsler und Vollerer, 5,10; B. 5 mit Bubler 5,70; W. 8 3,55; Fröhner 1,55; Vollerer von Dallmann 1,40; zusammen 24,15. Verband der Bau, Erd- u. gewerb. Hilfsarbeiter 150. Möbelfabrik von Friedrich 2. Rate 13,50. 9 Kollegen der Pianofabrik von G. Siewert 4,20. Tischler von Markgraf u. Tau 6. Werkzeugmacher von S. u. H. 8,20. Tischlerei von Hülle, Friedrichstraße, 14,25. Pumpenmechanikfabrik von Schäge u. Freund 3. Rate 14,45. Tischlerei von Sprange, Nebenwälderstraße, 14,75. „Widerhand“ 2. Rate 8. Tischlerei Reilmann 3. Rate 11,50. Möbelfabrik von Schütz u. Ritter 2. Rate 17,30. Bodenheimecke Mäler im Monopol-Hotel d. Ed. Seiler 20,30. Pianofabrik von Klingmann, Cavourstraße, mit Aufschlag der Dänen, und anderer 6,60. Treppengeländer-Fabrik von Vogt u. Hausmann 7,50. Tischlerwerkstatt v. Neumann 6,25. Betrieb L. Löwe d. Weber - 50 11,55. Stuccaturer v. Wolfhändler, Posthaus Posthaus 10. Arb. d. Schuhfabrik v. Groß, Markstraße, 19,50. Glaser d. Starke 15,65. Drechsler u. S. Schmidt, Blumenstraße, 2. Rate 6,50. Arb. d. Firma Schulz, Nebenwälderstraße 3,50. Tischlerei Schäge, Staligerstraße 6,80. Arbeiter-Kaufmanns-Bund Berlin u. Umg. d. Ecke 100. Möbelfabrik u. Dien. Brunnenstraße, 5. Rate 7,60. Möbelpolierer v. Seifert u. Wulf, Friedrichstraße 3. Rate 19,15. Lehmann 14,05. Schraubschneider d. Hermann 32,45. Schuhfabrik v. Wolf, Nebenwälderstr. d. b. Vandypartie 22,50. Schuhfabrik v. Senger u. Stoswald 5,60. Vertrauensmann der Grabreue u. Gräfeler 11,55. Dehlgelände 14. Tischlerei Röhde, Briggerstraße, 12. Tischlerei d. Union, Marinidenstraße 30,40. Tischlerei von Richter u. Hagen, Hagelbergstraße, 12,70. Tischlerei Röhde, Seinfelderstraße, 4,50. Arb. d. Klavierschreiber d. Buchholz 13,85. Möbelfabrik v. Vennig u. Jasky 19,65. Tischler d. Möbelfabrik v. Kammel 50. Arb. d. Pianofabrik v. Wehler, Johannstraße, 38,85. Tischlerei v. Rast, Vandybergerstr., 8. Arb. Geisinger, Nord, 2. Rate 25. Spigenpapierfabrik v. R. Reimann u. Co. 6. Bronzewarenfabrik v. Robert Reben 3,20. Pianofabrik von K. Herck, Fohrenstraße, 6,80. Buchdrucker Gebr. U. 6. Rate 5. Korzarbeiter Berlin 11,05. Tischlerei Kramling 14,70. Seifenfabrik Spielhagen 3,20. Buchdrucker d. Schumacher, 4. Rate 8,70. Tischlerei von Kiedling, Waldemarstraße, 8,30. Fabrik und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen d. Haupt 9,30. D. Bodred, Dachdeckermeister, 1,20. Schuhfabrik, Brunnenerstr. 6. Rate 6,55. Voring bei den Bildhauern, d. Dr. H. 6. „Rauschklub „Collegia“ 4,75. Pianofabrik von Hansen, Nebenwälderstraße, 18,10. Gefangenen-Subst. bei Schwarz, Woyenstraße, 5,50. Gef. d. Scandinavien 63,45, davon 31. an die Hausmacher Kopenhagens. Bildhauer der Möbelfabrik von Gröndahl 3,25. Tischlerei von Heiner, Waldemarstraße, 12. Tischlerei v. Kline, Königsbergerstraße, 6. Rate 5,15. Tapiezierer von Otto Schödel, Kurfürstendamm, 2. Rate 11,55. Arbeiter der Möbelfabrik von W. Kappel, Reichsbergerstraße 11,50. Tischlerei von Denecke, Hülfsstraße 2,50. Ortsverein der Wehler in Königsstr. 1. Th. 7. Arbeiter von Anshaus, Reinholdstr. 3,55. Gefangenen-„Bruderbund“, gef. bei einer Geburtsstagsfeier 10. Anferstehende Berlin, d. Reimer 50. Privatban Nierenheilmittel 21,90. Vertrauensmann der Gewerkschaften Weihenau, Rent 30,60. Stuccaturer und Bildhauer von Ulrich u. Prommer in Steglitz 10. Buchdrucker von Pah u. Garleb, 7. Rate 21,20. Kurzarbeiterfabrik von Reichardt 2,60. Tischlerei Stein, W. Franzosenstr., 9. Rate 8,50. Buchdrucker Ködeln 10. Tischlerei v. Gung, Franzosenstr., 10. Rate 7,60. II. Wdr. d. Glasfabrik 15,35.

Holz- und Bretterträger nachträglich 37,30 u. 30,05 Handelshilfsarbeiter (Jahrl. 50. - u. 21,25 nachträglich Beamte der Orid-Krankenkasse der Reichsanstalt 10. - Buchdrucker d. Rautenhaus 37,50 Maurer (Central) d. W. Schaul 188,84. Buchdrucker-Hilfsarbeiter Berlin d. Frau G. 24,80.

Veröffentlichungen aus Nr. 204: Es muß heißen Pianofabrik v. Klingmann, Cavourstraße usw. ferner aus Nr. 208 bei Bildhauer von Dine d. Rate, Anshausstr. von Hansen hat Dnanag, Seidenstraße hat Seidenstraße.

Letztere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsblatt 11 d. a. 118 d. u. e. a. u. Nummer 18, I. vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 6-8 Uhr, entgegen genommen.

Der Aufsatz der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Die Firma Gebr. Feidler, Berlin, Mühlentstr. 15/17, sendet uns nachstehende Verichtigung: In dem von Ihnen gebrachten Artikel am 1. September d. J., betreffend die Verhandlungen der Steinmetzen mit den Arbeitgebern vor dem hiesigen Einigungsamt, haben Sie mitgeteilt, daß in einer gegen unsere Firma von dem Steinmetz Richter beim Gewerbegericht geltend gemachten Klage ein obftretendes Urteil des Richters gegen uns erzielt sei. Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß dieses nicht der Fall ist, sondern Richter der unterliegende Teil war.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauenversammlungen. Vom 1. bis 4. Oktober wird in Königsberg die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins tagen. Die damit verbundenen öffentlichen Versammlungen werden unter anderem Referate über obligatorische Fortbildungsschulen für Mädchen und Arbeiterinnen-Unterricht bringen. In München wird ferner vom 18. bis 21. Oktober ein Bayerischer Frauentag stattfinden, der infolgedessen unter allen Oktober-Berichtungen der Frauenrechtlerinnen ein weicher Nabe ist, als er die Dienstbotenfrage in sein Programm aufgenommen hat. Er bringt außerdem noch folgende Referate: Ueber die Lage der Heimarbeiterinnen, über die Lage der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgerwebe und über die Thätigkeit der Frauenkommission am städtischen Arbeitsamt in München. So einseitig der Standpunkt der Damen in Bezug auf diese Fragen gewöhnlich zu sein pflegt, so ist es immerhin schon ein Zeichen des Fortschritts, daß sie sich überhaupt mit ihnen beschäftigen. Die vorwärts-treibende Kraft der Socialdemokratie zeigt sich auch darin: sie nötigt die bürgerliche Gesellschaft, gewissen Zuständen ins Gesicht zu sehen, die sie bisher mit dem Mantel des Egoismus zu bedecken pflegte.

Ein Kongreß polnischer Frauen fand kürzlich in Jasoporn in der Latvia statt, an dem sich 200 Frauen und Mädchen beteiligten. Nach einem Vortrage über die Lage der Bäuerinnen wurde beschlossen, eine Zeitschrift für Bäuerinnen und Kleinbürgerinnen herauszugeben, um etwas Aufklärung unter ihnen zu verbreiten. Die Berichte über die Mädchenasylanten in Lemberg und Krakau - über letztere sprach Frau Dr. Sofia Daszowska-Jolinska - gaben ein außerordentlich günstiges Bild von den Fortschritten und Erfolgen der Schilerinnen. Die Errichtung von Landwirtschaftsschulen für Bäuerntöchter wurde lebhaft befürwortet.

Frauenstimmrecht in Australien. Die gefeggebende Körperschaft von Westaustralien hat ein Gesetz angenommen, welches den Frauen gleiche Bürgerrechte giebt. Dies fortschrittliche Land hat sich dadurch Südaustralien und Neuseeland angeschlossen, indem es allen Bürgern gleiche Rechte zugestanden ohne Rücksicht auf das Geschlecht.

Frauenverein in Japan. In Tokio hat sich ein Verein gebildet, der auch die Hebung der Lage der Frauen in den Bereich seiner Thätigkeit ziehen will. Der Verein zählt schon viele Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 8. September. (W. T. B.) Die Brüder Loibl, die bei der hiesigen Filiale der Deutschen Bank 40000 M. unterschlagen hatten und flüchtig wurden, sind in der vergangenen Nacht in Luzern verhaftet worden. Die defraudierte Summe wurde bei ihnen noch vorgefunden.

Leipzig, 8. September. (W. T. B.) Gestern Abend sammelten sich gegen 1500 Personen auf dem Marktplatz und zogen von da auf den Schulplatz, wo socialdemokratische Redner und Deutschnationale sie auforderten, sich zu zerstreuen. Später sammelten sich auf dem Marktplatz wieder etwa 500 Personen an, welche unter Beschrei gegen das Stadthaus zogen. Die Polizei schritt ein und räumte den Platz. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

Lüttich, 8. Sept. (W. T. B.) In einer gestern abend abgehaltenen socialistischen Volksversammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Wahlvorlage. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Abgeordneten beauftragt werden, gegen die Verhältnismäßig und für das allgemeine gleiche Stimmrecht einzutreten.

Paris, 8. September. (W. T. B.) Mehrere Deputierte der Rechten, welche von der Kamel einberufen waren, traten heute Nachmittag im Palais Bourbon zusammen, um über die politische Lage, insbesondere betreffend die Einberufung des Staatsgerichtshofes zu beraten. Sie beschlossen, sich in Permanenz zu erklären und wählten ein Bureau, dem de Kamel, Cassagnac und Cochin angehören.

Paris, 8. September. (W. T. B.) Eine Sonderausgabe des „Figaro“ meldet, Lobori sei angesichts des glänzenden Plaidoyers von Demange entschlossen, nur wenige Minuten zu sprechen. Zweifellos werde morgen Mittag das Urteil gefällt. - Der ehemalige Gouverneur von Madagaskar, Laroche, richtete an den Präsidenten des Kriegesgerichts in Rennes, Jouaust einen Brief, in welchem er Hauptmann Grenhäuser gegen die Beschuldigungen Merciers verteidigt.

London, 8. September. (W. T. B.) Das „Neuerliche Bureau“ erfährt, daß als Ergebnis der Beratungen im heutigen Ministerrat eine in entschiedenem Worten abgefaßte Depesche nach Transvaal geschickt worden sei, welche hier veröffentlicht werden wird, sobald sie in Pretoria eingetroffen sein wird. Aus anderen Quellen verlautete, daß weder das Parlament einberufen wird, noch Referendumsfragen eingegeben werden; daß jedoch 10000 Mann nach Südafrika abgehen sollen.

London, 8. September. (W. T. B.) Der heutige Kabinetrat dauerte 2 1/2 Stunden, von 12 1/2 Uhr bis vor 3 Uhr, also nicht anhergewöhlich lang. Die Minister, namentlich Lord Salisbury, wurden von der Menge vor dem Auswärtigen Amte mit lauten Rufen begrüßt. Chamberlain benutzte zum Hin- und Rückwege einen nicht nach der Straße zu liegenden Eingang.

London, 8. September. (W. T. B.) Eine Sonderausgabe der „Pall Mall Gazette“ meldet: Die Minister waren im heutigen Kabinetrat vollständig einig. Das Ergebnis der Beratungen wird eine entschieden abgefaßte Antwort an die Regierung von Transvaal sein, welche es durchaus ablehnt, auf deren Vorschlag betreffend Verzicht auf die Sugerinität einzugehen und sie daran erinnert, daß das Anerbieten bezüglich einer gemeinschaftlichen Kommission nicht für unbestimmte Zeit offen bleiben könne. Die Depesche wird auch einen scharfen Hinweis darauf enthalten, daß keine Antwort annehmbar sei, die hinsichtlich einer wesentlichen Bedingung ausweichend oder unglücklich sein werde.

Belgrad, 8. September. (W. T. B.) (Meldung des Wiener R. A. Telegraphen-Bureaus.) Der heute im Gefängnis tot aufgefundenen frühere Präsident von Schabag, Angellisch, hat, wie die ärztliche Untersuchung ergab, Selbstmord begangen. Angelisch sandte Briefe an seine Frau und seinen Bruder, in denen er erklärte, er habe diesen Entschluß gefaßt, um sich eine Stunde zu ersparen und seiner Frau den Bezug einer Pension zu ermöglichen.

Kongress der englischen Trade-Unions.

London, 6. September 1899.

Der Gewerkschaftskongress zu Plymouth ist vorgetrieben unter den üblichen Formen eröffnet worden. Im prächtigen Ratsaal der Stadt installiert, den der Gemeinderat von Plymouth dem Kongress unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, ward er vom Mayor von Plymouth, einem Großunternehmer, der schon manchen harten Strauß mit den Gewerkschaften ausgefochten hat, mit einigen anerkennenden Worten über die Größe und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und die Aufgaben des Kongresses offiziell begrüßt.

Mit einigen weiteren Ansprachen, der Wahl des Bureau und der verschiedenen Komitees, sowie der Verteilung des Jahresberichts des Parlamentarischen Gewerkschaftskomitees war der geschäftliche Teil des ersten Kongrestages erledigt.

Am Nachmittag waren die Delegierten zu einem Mitglied der Aristokratie, dem Lord Mount Edgcombe, auf dessen Besichtigung zu Gast geladen. Doch war der Empfang ein solcher, daß er die Geladenen aufs höchste empörte.

Der Bericht des Parlamentarischen Komitees giebt Auskunft über das Schicksal der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Anträge und Vorschläge, welche in der abgelaufenen Parlamentssession zur Verhandlung kamen. Nur die wenigsten davon — darunter der Antrag auf Erhöhung des Alters der Halbspitzer und der Antrag auf Beschaffung von Sigen für Ladenangestellte — sind Gesetz geworden, die große Masse sind teils gar nicht verhandelt worden, teils nur bis zur zweiten Lesung gelangt. Eingehend verbreitet sich der Bericht über die Frage der Alterspensionen und die Ausbringung der Kosten derselben durch eine Steuer auf Grundwerte und Erhöhung der progressiven Einkommensteuer. Er berührt ferner die vom Handelsminister Ritchie unternommene Versuche auf Errichtung eines nationalen Einigungsamts, die an der Opposition der Unternehmer scheiterten, während das Gewerkschaftskomitee die Bemühungen des Ministers zu unterstützen bereit war. Weiter konstatiert er, daß die Arbeiterabgeordneten im Parlament sich zu einer besonderen Gruppe zusammengelassen haben, mit John Burns, Sam. Woods und Ch. Fenwick als „Einheitschefen“.

Dem Bericht liegt ein Specialbericht von William Thorne über die Reise bei, die Thorne zusammen mit dem inzwischen verstorbenen J. Inskip im Auftrage des vorjährigen Kongresses nach den Vereinigten Staaten unternommen hat, sowie ein Bericht über den schon erwähnten Streit zwischen dem Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer und dem Verein der affizierten Schmiede, bezw. den Gründen, die zum Ausschluß des letzteren Vereins aus dem Kongress führten.

Der zweite Tag brachte die Präsidialansprache. Präsident des Kongresses ist ein noch ziemlich junger Vertreter der Schriftsetzer von Plymouth, W. J. Vernon, der zugleich Mitglied der socialdemokratischen Föderation ist. Seine Rede war sehr sachlich und gedankreich. Er ging die Reihe der notwendigen Arbeiterschutzgesetze durch, die von der Arbeiterschaft gefordert würden, und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen sie im Parlament zu kämpfen hätten. Diese Schwierigkeiten würden verschwinden, wenn die Arbeiterklasse in angemessener Umlage im Parlament vertreten wäre. Er hoffe, daß der Kongress die Frage der Vertretung der Arbeiter im Parlament ernsthaft in Betracht ziehen werde. Die Arbeiter Englands hätten ein Stimmrecht, das ausreichte, ihnen eine gehörige Vertretung im Parlament zu verschaffen, aber es scheint ihnen an den nötigen Grundrissen zu fehlen, ihn Kraft zu verleihen. In den Reihen vorgeschrittener Denker sei die Ansicht verbreitet, daß wir am Vorabend eines großen sozialen Zusammenbruchs ständen, und dieser, Ansehung seien nach seiner, des Redners, Ansicht, vielleicht die außerordentlichen Fortschritte zuzuschreiben, welche die rabulalen Anschauungen in den letzten Jahren gemacht hatten. Die unablässige Kapitalanhäufung habe die Produktionsmittel und die Produkte enorm vermehrt, aber sie habe gleichzeitig die Arbeit verflaut, und wenn auch die Gewerkschaften viel gethan hätten und thun könnten, die Würde des Arbeiters zu erleichtern, so könnten sie ihn doch nicht emancipieren. Die Unternehmer schlossen sich zu großen Verbänden zusammen, die Arbeiter hätten dergleichen. Dies bedinge den gewerblichen Krieg. In der That stünden sie inmitten dieses Krieges — „unser Herr ist unser Feind“ — und er würde sich noch verschärfen. Wäre es aber nicht vernünftiger seitens der Arbeiter, wenn sie danach strebten, die Ursachen des Krieges zu beseitigen, statt sich auf ihn zu richten? Dies könne geschehen, wenn die Arbeiter ihre Vorurteile und gegenseitigen Zwistigkeiten aufgeben und die Energie, die sie heute im Kampfe gegeneinander verschwenden, für eine heiligere Sache, für die Durchführung eines freundlicheren und besseren Gesellschaftssystems aufwenden würden.

Die Rede, im Verlaufe derselben der Redner u. a. ausführlich bei der Altersversicherungsfrage verweilte und eine auskömmliche staatliche Pension für jeden Arbeitsunfähigen verlangte, ward mit vielem Beifall aufgenommen.

In der Debatte über den Bericht des Parlamentarischen Gewerkschaftskomitees ward ein Antrag, keinen Kandidaten bei der Wahl zu unterstützen, der nicht das Programm des Kongresses von 1896 (Vergesellschaftung der Produktionsmittel u.) unterschreibt, mit großer Mehrheit verworfen, dagegen etwas später eine Resolution angenommen, die empfiehlt, die Frage des gesetzlichen Achtstundentages zur Probefrage bei Wahlen zu machen. Der Ausschluß des Maschinenbauvereins aus dem Kongress gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß, die mit Uebergang zur Tagesordnung endete. Es ward allgemein anerkannt, daß das Parlamentarische Komitee in der Sache durchaus unparteiisch gehandelt habe, aber eine Minderheit von Delegierten verlangte Veränderung des Statuts, auf Grund dessen der Ausschluß der Maschinenbauer erfolgt sei. Dies kann aber nach der Geschäftsordnung des Kongresses nicht in der Debatte über den Bericht des Parlamentarischen Komitees geschehen.

Soweit die Verhandlung der ersten zwei Tage. Noch sei bemerkt, daß der Kongress aus 380 Delegierten besteht. Ein Delegierter, der Vertreter eines Arbeiterbundes im Nordosten Englands, ward gerade bei der Ankunft in Plymouth das Opfer eines Schlaganfalls. Der Kongress ehrte sein Andenken und veranstaltete eine Sammlung, um die Leiche in würdiger Weise in die Heimat des Verstorbenen befördern zu lassen.

Ueber die heutigen Verhandlungen meldet ein Telegramm, daß der Kongress Resolutionen zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundentages für Kanalarbeiter, Verlesung der Arbeitsstunden für Fremdarbeiter u. annahm, den Antrag auf Erhebung eines Wochenbeitrages von 1/2 Penny (4 Pf.) pro Mitglied jeder Gewerkschaft für einen Parlamentsfonds dagegen ablehnte.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Den hundertsten Geburtstag Stolzes beabsichtigt der Stenographenverband Stolze-Schrey durch Veranstaltung eines öffentlichen Stenographentages zu feiern. Der Vorstand hat sich daher an den Magistrat mit dem Ersuchen gewendet, ihm zu diesem Behufe den Festsaal des Rathhauses zum 1. Oktober d. J. zu überlassen. Das Magistratskollegium hat beschloffen, dem Gesuche zu geben.

Den vom Stadtbaurat Hoffmann vorgelegten Projekten zur Erbauung von neuen Gemeindefürsorgeanstalten, welche sowohl von der Hochbau- wie von der Schuldeputation genehmigt worden sind, hat das Magistratskollegium seine Zustimmung gegeben. Diefelben betreffen den Doppelschulbau in der Wiele- und Emdenerstraße mit einem Kostenaufwande von 725 000 M., und eine einfache Schule in der Waldemarstr. 77 mit einem Kostenaufwande von 488 000 M.,

sowie eine Doppelschule in der Nigaerstraße mit einem Kostenaufwande von 725 000 M., und eine Doppelschule in der Waldenserstraße 25/26 mit einem Kostenaufwande von 677 000 M. Der Schulbau in der Wielestraße soll noch im Laufe dieses Monats, der der anderen drei erwähnten Schulen im Laufe des Monats November in Angriff genommen werden.

Die städtische Schuldeputation hat nunmehr an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, er möge beim Polizeipräsidenten den Erlaß einer Polizeiverordnung in Anregung hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit der schulpflichtigen Kinder bringen, wie dies die Deputation in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch beschloffen hat. Das Magistratskollegium hat beifolgend, dem Antrage der Schuldeputation zu willfahren und dem Polizeipräsidenten folgende Vorschläge zu unterbreiten: 1. Kinder bis zum 9. Jahre dürfen außer dem Hause gewerbliche Thätigkeit nicht ausüben; 2. Kinder vom 9. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre dürfen außerhalb des Hauses eine mechanische Erwerbsthätigkeit abends nicht vor 8 Uhr und morgens nicht vor 5 1/2 Uhr, in den Monaten Oktober und März nicht vor 6 1/2 Uhr ausüben. Für Uebertretungen sollen strafbar gehalten die Eltern oder die Erziehungsberechtigten und diejenigen Personen, welche Kinder für ihre Zwecke beschäftigen.

Ueber die elektrische Beleuchtung des Tiergartens will der Magistrat, nach Beschluß des Kollegiums, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage dahin unterbreiten, daß zunächst diese Beleuchtungsart in der Velleue-Allee, in der Alhorn-, der Großen Luerallee und der Kettnerallee zur Ausführung gelange. Es sollen im ganzen 37 Hängelampen und 55 Standlampen angebracht werden, von denen 40 die ganze Nacht und 43 die halbe Nacht brennen sollen.

Der Bürgermeister Kirchner verläßt morgen (Sonnabend) auf einige Tage Berlin und wird während dieser Zeit amtlich vom Stadtrat Haas vertreten.

lokales.

Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Morgen, Sonntag, den 10. September, findet der letzte diesjährige Familienausflug nach Grünau zu Lindenhagen, Friedrichstr. 1-2, statt. Ein Musikverein hat seine Beteiligung zugesagt. Nachmittags gemeinsamer Spaziergang nach dem Spielplatz im Wald, abends Tanzkränzchen. Gäste haben Zutritt. Entree wird nicht erhoben. Regge Beteiligung erwartet der Vorstand.

Achtung, Moabit! Am Sonntag veranstaltet der Gesangverein „Moabiter Liedertanz“ eine Matinee zum Besten der dänischen Arbeiter. Regge Beteiligung ist erwünscht. Das Komitee.

Zu Berlin für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse wird am Montag in den „Arminshäusern“, Kommandantenstr. 20, Herr Dr. Kurt Freudenberg über: „Arbeiterschutz und Volksgesundheit“ sprechen. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Zum Gaudium des Scharfmachertums sucht die ultramontane Presse bekanntlich etwas darin, alle Zutügereten über angeblichen Terrorismus socialdemokratischer Arbeiter undebenen dreizutreten. Diesem verdächtigen Streben der angeblichen Gegner des Justizhauslurkes tritt die „Hilfe“ energisch entgegen. Das national-socialistische Blatt schreibt:

Ein neuer Kniff der Scharfmacherpresse, den leider auch gut sociale Centrumsblätter in kurzschlüssiger Weise mitmachen, muß einmal kurz belächelt werden. Es handelt sich um die jetzt so häufig wiederkehrenden Erzählungen von Vergewaltigung friebliebender Arbeiter durch gewerkschaftlich organisierte Kameraden. Wenn so ein wilder Nichtorganisierte keine „reine Wäse“ hat, oder wenn er Mitglied einer christlichen Gewerkschaft ist, so weigern sich stets die gewerkschaftlich („socialdemokratisch“) organisierten Kollegen, auf denselben Vor, in derselben Fabrik, weiter mit solchen Leuten zusammen zu arbeiten. Das Ende vom Liede ist dann in jenen Fällen, wo die socialdemokratischen Friedensstörer in der Mehrheit sind, die Entlassung des braven Arbeiters. Und wenn solche Vorfälle man mit der nötigen Entschiedenheit von den großen und kleinen Schleifsteinen täglich behandelt werden, dann schütteln schließlich wohl auch ernste, social denkende Leute den Kopf ob des „Terrorismus gegen Arbeitswillige“. Und das ist das grundverkehrt. Wer einmal ehrlich und klar erkannte, daß der Arbeiter das Recht hat, über seine Arbeitsbedingungen mitzureden, und der muß auch zugeben, daß der Arbeiter dann das Recht hat, sich diejenigen Mitarbeiter mit auszuzuchen, die ihn gefallen. Wer soweit in seinem socialen Denken vorgeschritten ist, daß er Mitbestimmung des Arbeiters über Lohnhöhe, Arbeitszeit u. s. fordert, der kann auch grundfähig nichts dagegen haben, wenn gewerkschaftlich organisierte mit gleichgültigen, unzuverlässigen Arbeitswilligen oder mit minderwertig organisierten („Christlichen“) nicht zusammenarbeiten mögen. Wenn nur keine persönlichen Vergewaltigungen und Robeitsakte dabei vorkommen — die übrigens von allen vernünftigen Arbeitern, auch von den verblödeten Socialdemokraten, gemißbilligt werden. Auch die kartellierten Unternehmer wollen ja mit den Nichtkartellierten keine Geschäfte mehr machen!

Anders liegt jene Unbilligkeit, wenn man sie nicht vom theoretischen, sondern vom praktischen und tatsächlichen Gesichtswinkel aus betrachtet. Dann ist sie unter allen Umständen verwerflich, weil sie die Arbeiter nur unter einander verbittert und daher schwächt, den Gewerkschaftsorganisationen keinen Vorteil bringt und den Scharfmachern nur billig Wind in ihre Justizhauslurke liefert. Das fangen aber bereits die Arbeiter selbst an einzusehen. In Berlin wurde vorige Woche in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung vor solcher thörichten Unbilligkeit gewarnt! Und so steht zu hoffen, daß der neue Kniff der Scharfmacher nicht mehr lange verfangt.

Ein gleiches wollen auch wir hoffen, obgleich es den Förderern des Justizhauslurkes verhältnismäßig gleichgültig ist, ob der ehrenhafte Teil der Arbeiter „terrorisiert“ oder nicht. Die Scharfmacher wollen die Vernichtung des Arbeiter-Koalitionsrechtes an sich und würden auch dann für das Konstrum der Justizhauslurke eintreten, wenn kein einziger Frommhild Gelegenheit fände, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ins Gefängnis zu schicken.

Das Märkische Provinzialmuseum erhielt am Mittwoch den Besuch des Bürgermeisters Kirchner und am Donnerstag den einiger Mitglieder der Provinzialkommission für die Denkmalspflege in Brandenburg, die an den älteren der Provinz entstammenden Kunstwerken ein besonderes Interesse bekundeten. Da trotz aller Einwendungen der Abbruch des Ködnischen Rathhauses nunmehr schon zum 15. Oktober verfügt ist, befindet sich die Museumsverwaltung, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, in der außerordentlich schwierigen Lage, den Umgang mit einer für derartige Sammlungen ganz ungewöhnlichen Schnelligkeit bewirken zu müssen. Die durch den Provinzialkonservator Geheimen Raurat Pluth in der letzten Zeit wiederholt geltend gemachten Bedenken erweisen sich bei der jetzt stattgehabten örtlichen Besichtigung als in jeder Beziehung gerechtfertigt, da es offenbar nicht möglich sein wird, in der nun plötzlich gesteckten kurzen Frist die wertvollen Altarfiguren, die zum Teil sehr seltenen Holzfiguren, die Gläser, die Münzen, vor allem die großartige Urnenammlung, die kunstvollen Schränke und anderes ohne Beschädigung oder ohne Zerstörung der überirdischen Ordnung nach der Zimmerstraße überzuführen. Bei der gegebenen Sachlage muß man erneut bedauern, daß die Stadt Berlin nicht einen besonderen Konservator hat, der bekanntlich auf den Geschäftstagen in Stuttgart, Konstanz und Münster gefordert und auch in

dem im Arbeitsministerium herausgegebenen neuen Organ „Die Denkmalspflege“ ziemlich entschieden bestritten wurde.

Für die nächste Volkszählung (am 1. Dezember 1900) hat der Berliner Magistrat bekanntlich den Wunsch, die Bearbeitung des Volkszählungs-Materials auch der Vorortgemeinden mit zu übernehmen, um so auf gleichartiger statistischer Grundlage ein Zählungsergebnis für das ganze Gebiet von Groß-Berlin zu erhalten. Diese Absicht des Berliner Magistrats ist von den Vorortgemeinden allgemein beifällig aufgenommen, und namentlich Charlottenburg wie Nixdorf haben ihr alsbald zugestimmt, weshalb dann auch der Schöneberger Magistrat ein Gleiches beschloffen und den Stadtverordneten jetzt bereits eine Vorlage zwecks Bewilligung der anteiligen Kosten (3000 M.) unterbreitet hat. Wie aus dieser Vorlage des weiteren sich ergibt, haben an der schon am 15. vorigen Monats stattgehabten ersten Besprechung der Angelegenheit außer Vertretern Berlins und der schon genannten drei städtischen Vororte noch solche von Himmelsburg, Stralau, Tempelhof, Treptow, Lichtenberg-Friedrichsberg, Weihensee, Panlow, Hohen-Schönhausen und Groß-Bietzen teilgenommen, während andere Gemeinden sich entschuldigt hatten. Diese erste Besprechung hatte folgenden Resultat: Die Stadt Berlin soll den Minister des Innern ersuchen, die Formulare für Berlin so einzurichten, daß sie auch mit für alle Vororte gelten können, und dann gestatten, daß die Auszählung und Durcharbeitung des ganzen Volkszählungs-Materials auch der Vororte von einer Centrale der Stadt Berlin vorgenommen wird, nachdem die erste Revision bei den einzelnen Gemeinden erfolgt ist. Die Kosten dieser Zählungsmethode sollen der Stadt Berlin nur so weit vergütet werden, als sie ihr selbst entstehen, und zwar sind sie vorläufig für Berlin pro Kopf der Einwohnerzahl auf 11 1/2 Pf. und für die Vororte auf 4-6 Pf. berechnet worden. Die Rekruten der Formulare, wie überhaupt die Generalkosten für das ganze Zählungsgeschäft will Berlin übernehmen; sobald die Staatsregierung sich über die zu stellenden Zusatzfragen der Zählformulare geäußert haben wird, soll später eine weitere Sitzung der Gemeinden stattfinden.

Beim Bau der städtischen Warm-Badeanstalt in der Oderbergerstraße ist jetzt mit den Ausschachtungen begonnen worden. Die Verhandlungen über die Einrichtung einer Badeanstalt in diesem Stadtteil haben von Oktober 1893 bis Januar 1899 gedauert. Die Anstalt erhält 63 Wannenbäder, 63 Brausebäder und ein 200 Quadratmeter großes Schwimmbad. Sie wird mit ihrer Front in der Flucht der Oderbergerstraße liegen, wird aber von den Nachbargrundstücken durch zwei breite Zugänge getrennt werden, so daß sie von allen vier Seiten frei liegt. Dadurch wird es möglich, daß jede Zelle ein Fenster nach außen bekommt. Die Kosten des Baues sind auf über 800 000 M. veranschlagt. Mit seiner Fertigstellung wird in diesem Stadtteil ein Bedürfnis abgeholfen werden, das namentlich in den letzten Jahren, nachdem die Privatanstalt in der Schönhauser Allee eingegangen war, immer dringender geworden ist. — Auf dem Hinterland desselben Grundstücks der Oderbergerstraße wird eine Gemeinde-Doppelschule errichtet. Sie soll zwei katholische Schulen aufnehmen. Das Gebäude wird als Rußbau ausgeführt und ist im Rohbau in der Hauptsache bereits fertig.

Das Vieh-Kurdbuch. Ein neues Kurdbuch wird vom Reichs-Eisenbahnamt vorbereitet und voranschließlich am 1. April n. J. zur Ausgabe gelangen: ein Vieh-Kurdbuch. Dieses neue Reichs-Kurdbuch verankert seine Entstehung der Anregung der Centralstelle der preussischen Landwirtschaftskammer. Das Buch wird die Jahrspläne sämtlicher Rüge auf deutschen Bahnen und außerdeutschen Anschlußstaaten enthalten, die zur Beförderung von Vieh dienen. Außerdem wird das Buch die wichtigsten der Vorschriften für den Viehverkehr und eine Zusammenstellung der Normtarife für die Beförderung von Vieh enthalten.

Wird dadurch auch nur ein Mörder mehr eingefangen werden? Diese Frage wird berechtigt sein wenn man folgende Reporterermeldung liest: Die Arbeiten der Reorganisation für die Berliner Kriminalpolizei sind vorläufig auf einem toten Punkte angelangt, nachdem die von der Staatsregierung für diesen Zweck zugestandenen Mittel verbraucht worden sind. Das Abgeordnetehaus hatte seiner Zeit bekanntlich vorläufig die Gehälter für 50 neu einzustellende Polizeiwachmeister bewilligt. Es sind daraufhin entsprechend in den Berliner Polizeirevierern 50 selbständige Kriminalreviere gebildet worden. In der nächsten Landtagssession wird die Nachtragsforderung für 51 Polizeiwachmeister gestellt und sobald diese bewilligt, der Dienst der Polizeireviere in der gleichen Weise organisiert werden. Die Ergebnisse aus den bereits umgeänderten Revieren sind recht günstig. Durch die Neueinrichtung sind nicht nur die Reviere erheblich entlastet, sondern es sind auch für die Abteilungen des Präsidiums bedeutende Erleichterungen geschaffen, indem die Revier-Kriminalabteilungen alle bisher von dem Präsidium aus geleiteten Vorarbeiten bei Einbruchsbestrafungen, betriebsgerichtlichen Handlungen usw. übernehmen. Erst nach Durchführung der gesamten Reorganisation und einer längeren selbständigen Thätigkeit der Kriminalreviere wird es möglich sein, einen endgültigen Uebersicht über die Bedeutung der auf Anregung des Polizeipräsidenten Herrn v. Windheim gegebenen Reorganisation zu gewinnen.

Die Straßenhändler und Händlerinnen sind von neuem in eine Protestbewegung gegen die Beschränkung des Straßenhandels eingetreten. In einer Versammlung, die am Donnerstagabend in den Andreasstrassen stattfand, wurde nach einem Referat des National-Socialen Tischendörfer folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der Händler und Händlerinnen protestiert gegen jede Einschränkung des Straßenhandels im Interesse anderer Gewerbetreibender und erwartet von den Berufsgenossen, daß sie selbst alles aufbieten werden, um den billigen Märkten auf den Verkehr, die Ordnung, Reinlichkeit und anständige Konkurrenz Rechnung zu tragen. Sie erblickt unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen für zahllose Personen im Straßenhandel das einzige Mittel redlichen Erwerbs und ersucht daher das laufende Publikum um Unterstützung. Das Bureau wird beauftragt, dem Polizeipräsidenten von den Verhandlungen Kenntnis zu geben.“

Eine außerordentliche Steigerung des Schiffverkehrs auf der Spree ist in diesem Jahre zu verzeichnen. Der Verkehr dürfte sich gegen das Vorjahr in Bezug auf die Zahl der Fahrzeuge, die den Spreelauf passieren, nahezu verdoppelt haben. Am meisten macht sich die bedeutende Verkehrsteigerung an den beiden Stadtschleusen bemerkbar. Diese sind ununterbrochen vom Morgen bis zum Abend in Thätigkeit, trotzdem muß stets eine größere Zahl von Fahrzeugen warten, ehe ihre Durchschleusung erfolgen kann. Dieser plötzliche Aufschwung in der Schiffsahrt soll vorwiegend auf die erweiterte Wauhtätigkeit zurückzuführen sein. Die Mehrzahl der Jollen befördert Baumaterialien aller Art. Auch die Frachtschiffahrt hat in diesem Jahre eine nicht unbedeutende Zunahme erfahren, wiewohl augenblicklich durch den niedrigen Wasserstand der Elbe der Schiffsverkehr von Hamburg beeinträchtigt ist. An den Ladestellen für den Frachtverkehr am Humboldthafen, am Schleswiger- und Holsteiner-Ufer müssen die großen Frachtdampfer häufig tagelang liegen bleiben, ehe sie ihre Ladung betreiben können. Auch der Schlepperverkehr auf der Spree hat einen bedeutenden Umfang angenommen.

Geläufigkeitsuntersuchungen der Schrift und in Stenographischen Kreisen in Anregung gebracht worden. Zu diesem Zwecke sind die Vertreter der verschiedenen Stenographiesysteme zu einer Besprechung über die Möglichkeit und die Art der Durchführung derartiger Untersuchungen geladen. Die Anregung zu dem Plane hat der als Förderer der Stolze'schen Stenographie bekannte Herr Köding gegeben, der schon seit Jahren die Häufigkeitsuntersuchungen der deutschen Sprache leitet, die sich über 11 Millionen Wörter er-

streden und überraschende Resultate gegeben haben. So hat sich u. a. gezeigt, daß 49,76 Proz. aller gezählten Wörter einfügig sind, 28,94 Proz. sind zweifügig, 12,08 Proz. dreifügig, 5,08 Proz. vierfügig und nur 2,44 Proz. mehrfügig. Die häufigsten deutschen Wörter sind die, „der“ und „und“. 69 verschiedene Wörter bilden die Hälfte des gesamten ausgezählten Sprachschatzes. Noch weit eingeschränkter ist der Sprachschatz einzelner Spezialgebiete. So bilden in der Bibel 42 Worte die Hälfte des ganzen Sprachschatzes.

Ein seltsames Plakat. Ein Lohn für treue Pflichterfüllung nach dreißigjähriger Dienstzeit. Plakate mit dieser Aufschrift fand man geteilt an den Anschlagtafeln und sonst an öffentlichen Orten angeklebt. In wunderlichen Reimen giebt darin ein „ehemaliger Sergeant“ kund und zu wissen: „Mit Berechtigung habe ich mich über meinen Kompagniechef beklagt — dafür hat man mich für verrückt erklärt — entlassen ohne Entlohnungslohn — nur mit 24 Mark Pension — wach! ein Lohn“. In dieser Weise geht die seltsame Reimerei des Unglücklichen weiter. Die Plakate wurden bald von den Anschlagtafeln entfernt.

Das Köllnische Rathaus war einst dazu ausersehen, daß zu werden, was heute das ehemalige Berliner Rathaus an der Königsstraße ist: das Haupt-Verwaltungsgebäude der Gemeindebehörde, das Rathaus der Residenz. Als im Jahre 1709 die Verwaltungen der alten Schwesterstädte Berlin und Kölln und der später entstandenen Städte Dorotheenstadt, Friedrichswerder und Friedrichsstadt mit einander vereinigt wurden, wurde beabsichtigt, das Köllnische Rathaus zum Sitz der gemeinsamen Verwaltung zu machen. Nur die Unzulänglichkeit und Kauflichkeit des Hauses war der Grund, daß das Berliner Rathaus Verwaltungsgebäude des gemeinsamen Stadtrates wurde. Es ist dann später dabei geblieben, auch nachdem das Köllnische Rathaus 1710 abgebrochen und so, wie es bis heute bestanden hat, neu erbaut worden war.

Die Tollwutstation hat nunmehr auch den ersten Soldaten als Patienten aufgenommen. Es ist dies ein Husar von der 6. Schwadron des Husaren-Regiments Nr. 5, welchem im Mondberglände bei Rosenburg in Westpreußen ein plötzlich wild gewordenes Pferd zwei Finger der rechten Hand glatt abgebeißt hatte. Der Regimentsarzt konstatierte, daß das Tier von der Tollwut befallen war, worauf es erschossen und der gebissene Soldat unverzüglich in die hiesige Tollwutstation geschickt wurde, um sich daselbst der Schäumimpfung zu unterziehen.

Die täglichen Zusammenstöße mit der „Elektrischen“ mehren sich in geradezu erschreckendem Umfange. Für heute liegen folgende Meldungen vor:

Der elektrische Wagen Nr. 1010 der westlichen Vorortbahn der Strecke Steglitz—Zoologischer Garten fuhr freitagsmittags um 12 1/2 Uhr den Omnibus Nr. 178 der Strecke Dönhofsplatz—Zoologischer Garten über den Hof. Der Zusammenstoß erfolgte in dem Augenblicke, als der elektrische Wagen, vom Rollenstopplort kommend, die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche passierte und in die Kaufstraße einbiegen wollte. Zwei Frauen aus dem Omnibus wurden bei dem Zusammenstoß schwer verletzt und der Omnibusfahrer lag in weitem Wogen auf das Straßenpflaster und trug ebenfalls starke Verletzungen davon. Wen die Schuld an dem Zusammenstoß trifft, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Unfall hatte eine große Menschenmenge angelockt, der Omnibus ist stark beschädigt worden.

Weiter erfolgte ein Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens der Linie Märchensiedelplatz—Geisendamm mit einem Planchenwagen der Wagenhofschen Brauerei mittags kurz nach 12 Uhr in der Rosenerstraße. Durch den Zusammenstoß wurden 20 Kopfen mit 600 gefüllten Bierflaschen heruntergeschleudert, die den Strahenden in einen mit Glasflaschen bedeckten See verwandelten. Von hunderten Kindern, welche eben aus der Schule kommend, die Straße belebten, wurde glücklicherweise nur ein Knabe durch herumschlagende Glasplitter an der Hand verletzt. Der elektrische Wagen konnte die Fahrt fortsetzen, während die Braukücher mit dem Zusammenstoß der Glasflaschen, welche mehrere Säcke füllten, längere Zeit zu thun hatten.

Weiter ereignete sich ein Zusammenstoß in der Potsdamerstraße in der Nähe der Lützowstraße. Ein mit Gurken und Sauerkohlsäckchen beladener Gefährtswagen fuhr hinter einem Omnibus her. Als dieser plötzlich hielt, wollte er rechts von ihm vorbeifahren, wurde nun aber von einem elektrischen Wagen der Linie Schöneberg—Alexanderplatz angefahren und hundert Schritte weiter gestreift. Der Gefährtswagen wurde stark beschädigt, das Pferd gesunden. Ein Fahrgast wurde unter den Rädern des elektrischen Wagens gerollt, Personen wurden in diesem Falle nicht verletzt.

Ein Postkutschers Diebstahl ist, wie ein Berichterstatter meldet, Donnerstagsmorgens an der Schäumpielerin Frau Agnes Freund, geb. Hof, im Kölln D-Zug verübt worden. Die Dame fuhr mit dem Zuge nach Berlin. Als Hildesheim sah sie lesend auf dem ihr durch die Karte angewiesenen Plage. Nachdem in Hildesheim nach zahlreicher Hochrufe eingestiegen waren, begab sie sich in den Speisewagen. Eine schwarze Ledertasche wollte sie dort hin mitnehmen, da ihr aber bedeutet wurde, daß das nicht zulässig sei, trug sie sie auf ihren Platz zurück und dedte sie mit einem grauen Umhang zu. Die Tasche, die schon ziemlich mit Wertgegenständen gefüllt ist, enthielt u. a. ein Schmuckstück mit Perlen in dem Werte von 8—10 000 Mark. Andere Schmuckstücke trug die Dame in einem Beutel auf der Brust. Nach einiger Zeit beauftragte Frau Freund den Kellner, ihr einige Pakete von ihrem Plage nach dem Speisewagen zu holen. Hier blies sie dann leise flüsternd, bis der Zug in die Nähe von Berlin gekommen war. Erst jetzt kehrte sie an ihren Platz zurück, um sich nach ihren Sachen umzusehen; nur war die Tasche verschwunden. Frau Freund schlug sofort Alarm, aber niemand von den Anwesenden hatte die Tasche gesehen. Die Kriminalpolizei, der die Bestohlene bei der Ankunft in Berlin den Diebstahl anzeigte, traf auf den Bahnhöfen usw. entsprechende Vorkehrungen. Als gestern mittags war jedoch noch keine Spur gefunden. Die Ledertasche enthielt in früheren Jahren einige Manuskripte, Zeitungen, Photographien der Frau Freund, die von Neutlingen in Paris gefertigt, und Toilettesachen usw. Das Schmuckstück enthielt Sachen verschiedener Art. Heutzutage ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Tasche nicht gestohlen, sondern irrtümlich mitgenommen worden ist. In Magdeburg verließ das Abteil, in dem Frau Freund saß, eine Dame, die mit zwei Kindern in Hildesheim eingestiegen war; sie wollte die Kinder zu ihren Großeltern bringen. Statt dieser Dame stieg in Magdeburg eine andere ein, die mit nach Berlin fuhr; diese hat die Tasche auf dem Plage nicht mehr gesehen.

Sturz von der Lokomotive. Vor gestern mittags verunglückte der auf der Station Schleißer Bahnhof stationierte Lokomotivführer Schuber, indem er aus bisher unaufgeklärter Ursache auf der Fahrt zwischen Westend und Charlottenburg von der Lokomotive seines sich in voller Fahrt befindenden Zuges stürzte. Er trug erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Füßen davon.

Vom Dache gestürzt ist gestern vormittags in der Wiesenstraße der Klempnergehilfe Oskar Bender. Er wollte die Dachrinne des Hauses Nr. 29 im Auftrage seines Vaters, bei dem er in Arbeit steht, reinigen. Er stieg zu dem Zwecke durch ein Fensterfenster auf das Dach, vorläufigmäßig mit einem Seile umgürtet, dessen oberes Ende von einem Kollegen gehalten wurde, und war gerade im Begriff, sich bis zur Rinne hinabzulassen, als das morische Tau riß, so daß der Bewahrerwerte, der sonst nirgends einen Halt fand, auf den Hof hinabstürzte. Sauer verletzt wurde er mit einem Wagen der Unfallstation nach der Charité gebracht.

Der Gerüstfall in der Swinemünderstraße hat nach Donnerstags Abend ein Menschenleben gefordert. Die beiden Verunglückten, die nach dem Lagerhaus-Krankenhaus gebracht wurden, waren der Polier Schiemeyer, der Vater des mitverunglückten Paul Schiemeyer und ein Arbeiter Wilhelm Alber. Der alte Schiemeyer ist noch gestern Abend im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Auf der „Treppe Sternwarte“ spricht Direktor F. S. Krüger am Sonntagabend 7 Uhr über „Eine Wanderung durch das Weltall“. Sonntagsmorgens lautet das Thema um 6 Uhr „Ein Ausflug in die Sternennelten“ und um 7 Uhr „Kometen und Sternschuppen“. Mit dem Reflektor und um 7 Uhr in der Dämmerung der Mond, von 7—8 Uhr der Jupiter, von 8—9 1/2 Uhr der Saturn und abdam bis 12 Uhr nachts der Ringnebel in der Leher beobachtet.

Im Schiller-Theater ist die Besetzung bei der heute stattfindenden ersten Aufführung des Schauspiel „Die Ehre“ von Sudermann folgende: Kommerzienrat Wähling: Max Patzig; Amalie: Elisabeth Adelt; Ant: Georg Pöschel; Renore: Marianna Wulf; Lothar Brandt: Richard Bendig; Hugo Stengel: Reinhold Köhler; Graf v. Tratz: Albert Weitz; Robert Helmke: Oswald Koch; Der alte Helmke: Julius Eiden; seine Frau: Agnes Werner; Auguste: Grete Weiser; Alma: Alma Köhler; Michaelis: Alfred Schmalow; Frau Gebendrei: Marie Gandra.

Aus den Nachbarorten.

Nizdorf. In den Vorgängen in der letzten Sitzung der Nizdorer Stadtverordneten-Versammlung wird uns noch geschrieben: In Parteifreien Berlin und seiner Vororte konnte man öfter hören, daß sich in die Mehrheit der Nizdorer Stadtverordneten vor der anderer kommunaler Vertretungen vorteilhaft auszeichnete, indem sie vorurteilslos mit den sozialdemokratischen Mitgliedern zusammen arbeitete und ihnen Gehör schenkte. In einem gewissen Grade traf dies auch zu. Wenigstens räumte man ihnen Sitze in allen Kommissionen und Deputationen ein, ausgenommen die Schuldeputation, und bei dieser konnten sich die Gegner auf ministerielle Erlasse, auf das angebliche Besichtigungsrecht und seine Handhabung berufen. Jetzt scheint es anders werden zu sollen. Das Verhalten der Mehrheit gelegentlich der Beratung der Wahlen für die Militär-Ersatzkommission und für die Steuer-Veranlagungs-Kommissionen, das die Sozialdemokraten zu dem demonstrativen Abgange bewegte, war tatsächlich nichts anderes als eine Kriegserklärung an die sozialdemokratische Fraktion. Und wo hie vorberichtet war diese Aktion. Es war geradezu verblüffend, mit welcher Gesaloffenheit die beiden sich häufig recht feindlich einander gegenüberstehenden bürgerlichen Gruppen gemeinsame Sache machten, um die Sozi von den genannten Kommissionen fernzuhalten. Herr Rechtsanwalt Abraham, der Führer der bisher noch unbenannten größeren Gruppe, schlug zur Vorbereitung der Wahl die Einsetzung einer Kommission vor. Herr Rahmig von der anderen Gruppe, der sogenannten Fraktion Selbst-Nahmig, machte denselben Vorschlag und hatte zugleich eine Liste bei der Hand, die von den Anhängern seines Gegners Abraham und von diesem selbst widerspruchlos acceptiert wurde. Fruchtlos blieb der Appell des sozialdemokratischen Redners, aus Gerechtigkeitsgründen auch die sozialdemokratische Fraktion als Vertreterin des weitaus größten Teils der Nizdorer Bürger bei dieser Kommission, deren Vorschläge entscheidend sein dürften, zu beteiligen. Bezügliche Anträge wurden von den vereinten „Sekretären von Besitz und Bildung“ plat niedergestimmt. Heyeraus Erklärung, daß man den angebotenen Kampf aufnehmen werde, blieb ohne Erwiderung. Selbst der sonst so zungenfertige und angeblich so anerkennend liegende Rechtsanwalt Abraham schwieg. Stumm legte er sich über seinen Tisch und stimmte mit seinem christlichen Feinde Selbst-Nahmig. Und doch hatten sich die beiden erst beim Beginn der Sitzung in persönlichen Bemerkungen mit dustenden Redeworten überschüttet. So war es dem ganz klar, daß man sich verschworen hatte, die Vertreter des arbeitenden Volkes in jener wichtigen Kommission unvertreten zu lassen. Die Fraktion verließ den Saal und das Gebäude, um dadurch ihre Verachtung vor einer solchen Rechtslosmachung auszudrücken.

Aus Nizdorf. Ein 18-jähriges Mädchen, Luise K., war vor einigen Wochen ihren Eltern, einem in Steinfeld wohnhaften Arbeiter-Ehepaar, ausgerückt und war nach Berlin gekommen, wo sie bei einer Schulfremdin, die schon seit mehreren Jahren in Berlin wohnt, Aufnahme fand. Sie war damit aber in schlechte Hände geraten, denn die Fremdin war ein Dämchen der Halbwelt, welche nun auch das junge unerfahrene Mädchen aus Steinfeld der Schande in die Arme führte. Vorgestern Nacht hatte die Fremdin die K. auf den Nimmergang ausgeschickt, wobei sie von mehreren jungen Burken nach Nizdorf verschleppt, dort betrunken gemacht und schließlich in hilfloser Lage „verloren“ wurde. Am nächsten Morgen fand ein Gendarm die K. an der Reuterstraße schlafend vor und lieferte sie in das Polizeigefängnis ein. Man will nun die K. wieder nach Hause schicken, während gegen ihre Berliner „Fremdin“ eine Untersuchung wegen Kuppelerei eingeleitet worden ist.

Am Donnerstagsmorgens beobachteten zwei Arbeiter, wie ein Mann am Zehnshofer Felde, nahe der Hermannstraße, mit einem Schulmädchen unzüchtige Handlungen vornahm. Als der Thäter sah, daß er beobachtet wurde, suchte er zu entfliehen, wurde jedoch von den Arbeitern verfolgt, festgenommen und der Polizei zugeführt, woselbst sich der Unbekannte als der Schneider Ernst Sawortner aus der Annenstraße 2 in Berlin entpuppte. Das Kind war die Tochter einer Frau G., welche in der Nähe auf dem Jakobikirchhofe beschäftigt war. Beim Blumenfuchen war die Kleine von dem Wähling überfallen worden. Sie wurde dem Berliner Polizeipräsidenten zugeführt.

Die Raupenplage auf den Feldern in den Köllnischen Wiesen ist in diesem Jahre wieder so groß, daß die lästigen Insekten in ganzen Scharen nach den angrenzenden Dörfern wandern, so daß keine Bohnung vor ihnen sicher ist.

Schöneberg. Der jüngste einstimmige Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zu Gunsten einer Verschärfung der Marktkontrolle, dürfte, so sehr auch seine Durchföhrung wünschenswert wäre, doch auf dem Papier stehen bleiben. Es ist nämlich wahrscheinlich, daß die Marktkontrolle schon um 1. Oktober in die Hände der königlichen Polizeidirektion übergeben wird. — Die Straßenbahn-Endhaltestelle in der Eifenachstraße wird demnächst wieder der städtischen Behörden beschäftigt. Die Gesellschaft ist mit einem neuen Gehir an die Stadt herantreten und fordert bezüglich der Kündigung für sich günstigere Bedingungen, als sie seiner Zeit von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung gewährt wurden. Die Angelegenheit ist insofern dringend, als jetzt die provisorische Pflasterung der Eifenachstraße zwischen Haupt- und Reizigerstraße in Angriff genommen wird, die bis zum Oktober beendet sein muß. — Die Wahl der vier Schulärzte, die bereits am 1. Oktober ihr neues Amt antreten sollen, wird in einer der nächsten Sitzungen der Schöneberger Stadtverordneten vorgenommen werden. Außerdem sind je zwei Armen- und Impfarzte zu wählen, für die 1000 M. bewilligt werden sollen.

Ins Erkner berichtet man uns: Bei der Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung errangen die verbündeten Konservativen und Freistimmen mit 15 Stimmen Majorität einen Durchzug über unsere Kandidaten. Da wir im Januar, als die Wählerliste auslag, noch nicht mit der Möglichkeit rechnen konnten, uns an der Wahl zu beteiligen, hatten wir damals unterlassen, Endlich in dieselbe zu nehmen, so daß über 30 Genossen ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Das nächste Mal wird's anders.

Wegen gewerbmäßigen Verbrechens wider Leimendes Leben war vor einigen Wochen in Potsdam eine Frau Lotenhöfer in Haft genommen. Der Fall war dadurch zur Anzeige gelangt, daß im städtischen Krankenhaus ein Mädchen Aufnahme fand, das infolge von Manipulationen der Frau Lotenhöfer schwer erkrankt war. Die Untersuchung erstreckte sich darauf, ob, wie vermutet wurde, noch andere weibliche Personen mit der Verhafteten zu thun gehabt hatten. Nach Abschluß der Untersuchung wurde nun am Dienstag Frau Lotenhöfer zu ihrer Familie entlassen, sie ist aber in der darauffolgenden Nacht in Tobacht verfallen und mußte unter Zuhilfenahme von Wärtern und Polizeibeamten nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden.

Das rapide Steigen der Wohnungsmieten in Charlottenburg weist das neue Monatsheft der städtischen Statistik ziffermäßig nach. Nach der von der königlichen Polizeidirektion im Mai 1895, November 1898 und Mai 1899 vorgenommenen Aufnahme aller leerstehenden Wohnungen stieg der Durchschnittspreis eines Zimmers in allen leerstehenden Vorderwohnungen von 200 M. im Mai v. J. auf 205 M. im November v. J. und auf 330 M. im Mai d. J. Die Miete stieg also innerhalb Jahresfrist um 61 M. für das Zimmer einer Vorderwohnung. Im Preisverhältnis der Hinterwohnungen trat vom Mai 1898 zum November desselben Jahres eine Steigerung von 174 auf 241 M. ein. Sie stieg demnach um 67 M. Seit dem ist die Durchschnittsmiete wieder gefallen auf 218 M. im Mai d. J. Eine Vergleichung der Mietpreise der Wohnungen nach ihrer Größe ergibt, daß für das heizbare Zimmer am so mehr verlangt wird, je größer die Wohnung ist. In der Wohnung mit zwei Zimmern wurde für das Zimmer 178 M. verlangt, in der Wohnung mit 12 Zimmern oder 566 M. Miete. Das einzelne heizbare Zimmer kostet im Durchschnitt bei den Wohnungen von 2 Zimmern 178 M., bei 3 Zimmern 228 M., bei 4 220 M., bei 5 267 M., bei 6 308 M., bei 7 330 M., bei 8 353 M., bei 9 404 M., bei 10 427 M., bei 11 500 M. Bei Hinterwohnungen kostet das Zimmer bei 2 Zimmern 181 M., bei 3 241 M., bei 4 282 M., bei 5 240 M. Der Mietwert der Wohnungen, wie er durch den Mietvertrag festgestellt wird, mag in Wirklichkeit etwas zurecht sein. In Betracht gezogen sind hier nur die Preise der leerstehenden Wohnungen, bei denen die Höhe des geforderten Preises vielfach die Ursache des Leerstehens bildet.

Man sieht an diesen, den Wohnungswucher klar demonstrierenden Zahlen, wie notwendig es war, daß der Arbeiter sich mit Hilfe seiner gewerkschaftlichen Organisation eine entsprechende Erhöhung seines Einkommens zu verschaffen trachtete, wo dies angängig war.

In Britz sind in letzter Zeit zahlreiche schwere Erkrankungen vorgekommen, welche man auf den Genuß schlechten Trinkwassers zurückführt. Auf den dortigen Gehöften findet man noch in vielen Fällen Brunnen und Dünghäfen dicht beisammen, so daß Verunreinigungen des Trinkwassers leicht vorkommen können. Die Behörde hat daher aus zahlreichen verdächtigen Brunnen Wasserproben behufs chemischer Untersuchung entnehmen lassen.

Ein gewissenloser Lehrer hat in dem hinter dem Neuen Palais gelegenen Dorfe Eiche seit etwa 1/4 Jahr mit den ihm anvertrauten Schulkinder sein Unwesen getrieben. Die Schule in Eiche war längere Zeit geschlossen, weil der alte, inzwischen verstorbene Lehrer Ditz erkrankt war und ein Stellvertreter nicht so schnell zu haben war. In der Person des zwanzigjährigen Lehrers Flug aus Gransee wurde endlich ein neuer Erzieher der Dorfjugend gefunden und die Schule wieder eröffnet. Nun ist zur Anzeige gekommen, daß Flug fortgesetzt mit einer großen Anzahl Schulkinder die handabgeleiteten Sachen innerhalb der Schulkasse bezogen hat. Er wurde sofort vom Amte entlassen und die Eltern der mißbrauchten Kinder gingen höchst aufgebracht zur Schule, um an dem Sittenverderber Ungehöriges zu üben. Der aber hatte wohl geahnt, was folgen würde und war scheinungslos entflohen, so daß er dadurch auch vorläufig der ihm drohenden Verhaftung entgangen ist.

Gerichts-Beilage.

Die täglich vorkommenden Zusammenstöße zwischen Motorwagen und anderen Fahrzeugen haben eben so viele Anlässe zur Folge, die einen ständigen Teil der Verhandlungen in den Straf-tammer bilden. Gestern gelangten zwei derartige Fälle vor der ersten Kassen-Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. In beiden Fällen hatten sich die Wagenfahrer bei der Schöpfung der Schnelligkeit, mit der die Motorwagen fahren, geirrt. Der angeklagte Dreifachhändler Fröschel, der am 11. Juni durch die Salowstraße fuhr, kreuzte die Schienen in der Voraussetzung, daß der hinter ihm sich nähernde Motorwagen ihn nicht mehr erreichen würde. Er irrte sich darin, denn sein Wagen wurde von dem Motorwagen erfasst und beiseite geschoben. Der Gerichtshof meinte nicht, daß dem Angeklagten der Vorwurf der Fahrlässigkeit zu machen sei und sprach ihn frei.

Schwerer lag der Fall, der gegen den kutscher Henze verhandelt wurde. Am Nachmittage des 1. April wollte der Angeklagte vier noch den Reichshallen bringen. Er mußte längere Zeit auf der Straßenseite am Dönhofsplatz warten, da ein ununterbrochener lebhafter Verkehr ein Hinüberfahren nach der anderen Straßenseite verbot. Schließlich rief dem Angeklagten die Geduld, er fuhr über die Schienen, obgleich ein Motorwagen, vom Spittelmarkt kommend, nicht mehr fern war. Der Fahrer des Motorwagens drehte aus Zeitbedrängnis, vermochte aber den Zusammenstoß nicht mehr zu verhindern. Es erfolgte auch ein so starker Zusammenstoß, daß der Vorderperson des Motorwagens gerüttelt wurde. Zum Glück erlitt keiner der Fahrgäste Verletzungen, nur dem Motorwagenführer wurde ein Finger gequetscht. Der Angeklagte entschuldigte sich ebenfalls damit, daß er geglaubt habe, der Motorwagen würde nicht so schnell fahren.

Der Gerichtshof beehrte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts mit einer Geldstrafe von 20 M.

Inr Postlage der Postunterbeamten. Eine eigenartige Form der Unterschlagung hat der Posthilfsbote Friedrich Wiemann gewöhnt, der sich gestern wegen antlicher und einfacher Unterschlagung und wegen Urkundenfälschung vor der ersten Kassen-Strafkammer am Landgericht II zu verteidigen hatte. Der Angeklagte war als Briefträger bei dem Postamte in Groß-Lichterfelde angestellt. Im Dezember v. J. übergab ihm der Major von Tillo 540 M., um bei der Postanstalt das Abonnement auf eine hiesige Zeitung zu bezahlen. Der Angeklagte behielt das Geld für sich, lautete aber täglich eine Nummer der bestellten Zeitung und überbrachte dieselbe dem Besteller. Er machte sich damit der Unterschlagung schuldig und zahlte obendrein noch Geld zu, da das Blatt im Einzelverkauf theurer ist, als wie im Abonnement. Im Monat März d. J. übergab der Herr v. Tillo dem Angeklagten wieder 540 M., um das Quartals-Abonnement dafür zu erneuern und auch diesen Betrag unterschlug der Angeklagte, doch lieferte er jeden Tag die neue Nummer ab. Man wollte aber der Herr Major entdecken und sich seine Zeitung nachsenden lassen. Er begab sich deshalb persönlich zum Postamt, um seine neue Adresse anzugeben, die Post-Abonnementliste wurde nachgeschlagen und da stellte sich natürlich heraus, daß er gar nicht als Abonent eingetragen war. Der Herr Major brachte seine Postanfragen zur Stelle und da ergab sich, daß der Angeklagte die ihm zugänglichen Quittungsformulare mit dem Namen des Schalterbeamten unterschrieben hatte. Er wurde sofort suspendiert, der eifrige Bestand von Marken und die vereinnahmten Portos, Strafpfortos, wurden ihm abgenommen und auch dabei stellte sich ein Defizit heraus. Bald darauf reklamierte der Herr v. Tillo 7,60 M. und der Schaffner Kalla 57 M. Beide hatten dem Angeklagten die genannten Beträge übergeben, um dieselben auf Postanweisungen an bestimmte Adressen einzuzahlen. Auch diese Summen hatte der Angeklagte, der sich mit seiner Rot-Lage entschuldigte, unterschlagen. Er wurde dafür mit sechs Monaten Gefängnis bestraft.

Ein Kesse Mordlings, der am 2. Juni 1878 unter den Linden auf Wilhelm I. sah, fand dieser Tage unter der Auflage der schweren Kuppel, Errettung und Verleitung zum Meineide vor der Berliner Strafkammer. Nach dem Aktenal erhielten die beiden Brüder Mordlings die Genehmigung, den Namen Ebeling zu tragen. Einer dieser Brüder ist der Vater des Angeklagten, des Jubalters und Mechanikers Heinrich Ebeling. Die fünfzehnjährige Elise Schmidt kam im Winter vorigen Jahres als Dienstmädchen von Saarbrücken nach Köln. Die Unterföhrung geriet bald in schlechte Gesellschaft. Im Januar lernte sie den Ebeling kennen, und schon im Februar stand sie unter Sittenkontrolle, Ebeling spielte den Zubälter; wenn das Mädchen nicht „ins Ge-

Verfassungen.

Eine öffentliche Bildhauer-Verammlung fand am Donnerstags in der Berliner Ressource statt. Den Vortragsbericht erstattet Pischel als Referent. Dem Vertrauensmann wird Decharge erteilt. Winkler erstattet den Vortragsbericht vom internationalen Komitee. Nach dieser Vortragsbericht wird genehmigt. In das internationale Komitee werden gewählt Niehbach und Schenoda. In Punkt 3 der Tagesordnung ergreift das Wort Dupont. Redner greift zurück auf die Bewegung im Jahre 1889, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebte, und kommt dann auf die gegenwärtige Lage zu sprechen. Nach seiner Ansicht ist der industrielle Aufschwung auf der Höhe angelangt und es machen sich bereits Anzeichen der kommenden Krise geltend. Immerhin ist dieselbe noch nicht da und der Zeitpunkt zum Vorgehen noch nicht verfallen. Die Ertragsschwächen von 1889 gingen leider in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, namentlich von 1892-93, teilweise verloren. Ein Versuch, im Jahre 1898 eine Aufbesserung zu erlangen, brachte nur verhältnismäßig geringfügige Erfolge. Mit der gegenwärtigen Lage beschäftigte sich am Dienstag eine Delegiertenversammlung, die sich mit großer Majorität für die Lohnarbeit aussprach. In der Frage der Lohnhöhe und der Arbeitszeitverkürzung konnte eine imponierende Majorität nicht erzielt werden. Die Durchsetzung der achtstündigen Arbeitszeit hält Redner zur Zeit nicht für möglich, dagegen tritt er für die Forderung der Lohnarbeit auch in den Fabriken und Werkstätten ein. Den bisherigen Minimallohn von 21 M. wünschenswert Redner auf 24 M. erhöht. Er erinnert daran, daß andere Arbeiterkategorien von weit geringerer Qualifikation als die Bildhauer durch festes Zusammenstehen schon weit höhere Minimallöhne errungen haben. Um die Überstunden nach Möglichkeit zu beschränken, soll für dieselben ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt werden. Redner hält einen Eintritt in die Bewegung für nötig im eigenen Interesse, im Interesse der Familie und im kulturellen Interesse. In der Diskussion sprachen sich Hildebrand, Koppich und Niehbach für die Forderungen des Referenten aus. Abel hält sowohl die Forderung Lohnarbeit als auch die der Lohnhöhe für nicht durchführbar. Er ist der Meinung, daß man zunächst den Minimallohn von 21 M. überall durchzuführen möge. Schulz hält es nicht für im Interesse der Kollegen liegend, daß bei Pfaff an Stelle der Accordarbeit Lohnarbeit eingeführt wird. Sallach hält sogar die achtstündige Arbeitszeit für durchführbar, wenn man von einzelnen Werkstätten von vornherein absieht, wo der Indifferentismus der Kollegen sie am Vorgehen verhindert. Der Redner hält es für nötig, daß die Agitationskommission immerwährend auf dem Posten bleibe, um die zurückgebliebenen Werkstätten im Einzelkampf zu gewinnen. Die Diskussion bezieht sich in der Folge um die Frage der Lohn- und Accordarbeit und um die Verhältnisse bei der Firma Pfaff. Nach dem Schlußwort des Referenten wird zunächst zur Abstimmung über die prinzipielle Frage geschritten, ob die achtstündige Arbeitszeit zu fordern ist oder nicht. Diese Forderung wird abgelehnt. Mit 20 Stimmen Majorität wird darauf die Forderung einer Arbeitszeit von höchstens 50 Stunden aufgestellt. Wegen der geringen Majorität wird jedoch noch einmal der Vorschlag abgestimmt. Dabei stimmen 237 für die Forderung, 144 dagegen. 3 enthalten sich der Stimme. Für die Einführung der Lohnarbeit in allen Werkstätten stimmt die überwältigende Majorität, ebenso für einen Minimallohn von 24 Mark und eine Lohnhöhe von 10 Proz. für alle, welche den Minimallohn schon erhalten. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 60 Proz. einstimmig gefordert. Auf Vorschlag von Dupont werden die Forderungen am Sonnabend den Prinzipalen unterbreitet und eine Antwort bis Dienstag erbeten. Es wird darauf eine siebenköpfige Lohnkommission gewählt. Wegen der vorgezeichneten Zeit kam Punkt 4 der Tagesordnung, Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission, nicht mehr erledigt werden. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Rabibpucker. In der am 7. September er. bei Herrn Jubel, Lindenstraße 106, stattgefundenen Versammlung der Rabibpucker Berlin erstattete Kollege Riele Bericht über die Einigungsverhandlungen mit der Siebener-Kommission. Danach besprachen einige der Unternehmer, von der Lohnhöhe der Rabibpucker in Kenntnis gesetzt worden zu sein, und schlugen vor, die Lohnhöhe vom 1. Januar 1900 einzuführen. Von Seiten der Streikleitung wurde dieses abgelehnt. Aus dem Bericht ging hervor, daß sich im ganzen 81 Kollegen im Auslande befanden, davon waren 26 Kollegen ausgesperrt. Von diesen 81 Mann sind einige abgereist und ein Teil hat die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen, so daß im ganzen 86 Kollegen zu unterfertigen bleiben. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderungen ungeschwächt aufrecht zu halten, und falls die für Freitag angeetzte Verhandlung resultatlos verläuft, dieselben abzugeben. Die Firma Ebert u. Gollnow, welche ohne daß eine Forderung an dieselbe gestellt war, die Kollegen ausgesperrt, wurde durch Beschluß der Versammlung von Freitag ab gesperrt. Die Streikleitung wurde ermächtigt, den Stundenlohn von 75 Pf. bis zum 1. Januar 1900 festzusetzen und über die übrigen Forderungen nach bestem Ermessen zu verhandeln.

Die Formex und Verfassgenossen hielten am Donnerstag im „Kollberger Salon“ eine außerordentliche Versammlung ab. Dewitz berichtete über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission und Plath vervollständigte den Bericht, indem er besonders die neueren Vorgänge behandelte. Beide Redner betonten die große Bedeutung der Kommission. Plath billigte ausdrücklich die Einführung des projektierten neuen Abstimmungsmodus. Die Versammlung delegierte dann Plath und Dewitz in die Kommission. Hierauf referierte Genosse Grenz aus Leipzig über den Leipziger Formexstreik und seine Folgen. Redner legte dar, wie es dem Unternehmer Terrorismus gelungen sei, den partiellen Streik bei der Firma Weder zu einer General-Aussperrung der Leipziger Formex zu erweitern. Bekanntlich hatte der Fabrikantentscheidungsbeschlossen, daß die streikenden Lederhaken Formex, die nur winzige Forderungen gestellt hatten, in Leipzig zwei Jahre lang keine Arbeit erhalten sollten, wenn sie nicht bedingungslos bis zu einem bestimmten Tage die Arbeit wieder aufnehmen. Es handelte sich jetzt, meinte Redner, lediglich um einen Kampf um das Recht auf Realitäten. Das gehe auch ganz klar aus den Gründen hervor, mit denen die Fabrikanten ihre Ablehnung einer Verhandlung vor dem Einigungsamt zu rechtfertigen versuchten. Der Kampf sei einzig und allein durch die Unzulänglichkeit der Unternehmer veranlaßt worden. Neben den tiefsten Folgen, den wirtschaftlichen Schwächen etc., habe er so manches Kuriosum gezeitigt. So habe ein Fabrikant einen seiner Meister gebeten, darauf zu achten, daß seine Tochter mit ihrem Bräutigam, einem streikenden Formex, während des Streiks nicht verheiratet werde. (Große Heiterkeit.) Der Opfermann der Ausständigen sei bewundernswert. Jetzt komme es aber vor allem darauf an, daß nicht in anderen Städten Formexarbeit für Leipzig gemacht werde. Alle Leipziger Formexarbeit sei als Streikarbeit zu betrachten. Werde sie, wie schon in verschiedenen Städten, überall zurückgewiesen, dann müßten die Leipziger Kollegen siegen. Ihr Sieg liege im Interesse der allgemeinen Arbeiterfrage und wäre von großer Bedeutung. (Lebhafter Beifall.) Nachdem noch Plath für die Unterstützung der Kollegen Leipzigs eingetreten war, erklärte sich die Versammlung mit den Ausständigen des Genossen Grenz einverstanden und verpflichtete sich, die Leipziger Kollegen in ihrem schweren Kampfe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die öffentliche Versammlung der Möbelpolierer, die am 6. d. M. bei Heller, Köpenickerstraße, tagte, und von etwa 800 Personen besucht war, beschäftigte sich mit der Frage einer eventuellen Lohn-

bewegung. Weber machte hierzu etwa folgende Ausführungen: Gleich wie die Unternehmer und Kapitalisten die gegenwärtige gute Konjunktur benötigen, ihre Profite zu erhöhen, habe auch der Arbeiter das Recht, den besseren Geschäftsgang auszunützen, um eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Redner schlug vor, folgende Forderungen aufzustellen: Grundleger 24 M., Polierer 30 M. Wochenlohn bei 52 stündiger Arbeitszeit. Schulz bekräftigte alsdann die im Verus übliche Lehrlingszuchterei und schlug vor, zu fordern, daß auf 5 Gehilfen 1 Lehrling, auf 10 Gehilfen 2 Lehrlinge, auf jede weiteren 10 Gehilfen jedoch nur 1 Lehrling eingestellt werden dürfe. Außerdem solle in Werkstätten, die bisher unter dem Tarif gezahlt, ein Minimallohn von 27 M. für jeden Möbelpolierer und 30 M. für jeden Kollegen, an den größere Anforderungen gestellt, verlangt werden. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung genehmigt. Alsdann wurde die Kommission, bestehend aus Dittmar, Körner und Höfer gewählt. Bekannt gegeben wurde, daß am Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer im Kellerischen Lokale stattfindet, in der weitere Beschlüsse gefaßt werden. Nichtmitglieder können, um das Zutrittsrecht zu erlangen, sich am Sonnabend vorher noch in den Zahlstellen aufnehmen lassen.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung, die am Mittwoch im „Englischen Garten“ tagte, nahm Stellung zu den letzten Vorschlägen in der Gewerkschaftskommission. Der Gewerkschaftsdelegierte Burgbogen verurteilte die Haltung, welche die Vertreter der großen Gewerkschaften in der Frage einer Veränderung des Abstimmungsmodus eingenommen haben und verteilte die Ansicht, daß die Schuhmacher wie überhaupt die kleinen Gewerkschaften keinerlei Vorteil von ihrem Verhältnis zur Kommission haben. Der zweite Delegierte Hermann schloß sich im wesentlichen der Meinung des Vorredners an, er trat aber dafür ein, daß sich die Schuhmacher nicht von der Gewerkschaftskommission trennen. Gerade jetzt sei es notwendig, innerhalb der Kommission gegen das Verhalten der Vertreter der großen Gewerkschaften Opposition zu machen und die Interessen der kleinen Gewerkschaften zu vertreten. Der Redner empfahl eine Resolution, welche bedeutet, daß es durch das Verhalten der Vertreter der größeren Gewerkschaften zu einer Spaltung innerhalb der Gewerkschaftskommission gekommen ist. Weiter wird in der Resolution die Verbeibehaltung des Verhältnisses zur Kommission befohlen. Die nachfolgenden Redner stimmten in der Verteilung des Verhaltens der großen Gewerkschaften vollkommen überein. Einzelne Redner machten der Gewerkschaftskommission heftige Vorwürfe, weil sie den Schuhmachern in ihrer Lohnbewegung Stinipfel zwischen die Beine geworfen und dadurch verhandelt habe, daß die Organisation der Schuhmacher zurückgegangen sei. Da die Schuhmacher von der Gewerkschaftskommission nichts zu erwarten hätten, so müßten die Delegierten zurückgezogen werden. Andere Redner verteilten dagegen die Ansicht, daß man im Prinzip für die Zurückziehung der Delegierten ein, aber es aus tatsächlichen Gründen bei dem bisherigen Verhältnis lassen müsse. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht ratsam sei, daß sich die Schuhmacher gleich den aus der Kommission ausgeschiedenen lokalen Gewerkschaften, der Gewerkschaftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisation anschließen könnten. Dagegen wurde aber eingewendet, daß dies wegen der Verschiedenheit der beiden Organisationsformen der Schuhmacher, weil sie centralorganisiert sind, nicht möglich sei. Die Versammlung beschloß mit 66 gegen 41 Stimmen: Die Delegierten der Schuhmacher von der Berliner Gewerkschaftskommission zurückzuziehen.

Der deutsch-nationale Handlungsgesellen-Verband hielt am Donnerstag bei Heller in der Löwenstraße eine öffentliche Versammlung ab. Dieselbe nahm nach einem Vortrage des Herrn Döring aus Hamburg der über die dem Reichstage vorliegende Resolution zur Gewerbe-Ordnung sprach, eine Resolution an, worin der Reichstag ersucht wird, dem obligatorischen 9 Uhr-Ladenschluß zuzustimmen.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen in der Teppichwebererei hielten am Donnerstag bei Stechert eine äußerst stark besuchte Versammlung ab. Kollege Riele erstattete den Bericht über die Lohnbewegung der Berliner Teppichweber, insbesondere der in der Fabrik von Feibisch beschäftigten. Eingeladen zur Versammlung waren namentlich die in den Fabriken von Weder u. Hofbauer, Bay, Waaber etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Fabrik von Feibisch beschäftigt in Berlin etwa 170 Arbeiter und Arbeiterinnen; in Wernau sind ebenfalls für diese Firma eine bedeutende Zahl Arbeiter tätig. Schon vor einigen Wochen war es zwischen der Fabrikleitung und dem Arbeiterausschuß bezw. dem Arbeitspersonal zu Differenzen gekommen, weil Herr Feibisch die Organisation der Textilarbeiter nicht anerkennen wollte und die Arbeiter auch mit dem Lohn- und Fabrikverhältnissen nicht zufrieden waren. Die Vorstellungen des Arbeiterausschusses hatten nur dessen Mäßregulierung zur Folge. Da sich aber sämtliche Mitarbeiter auf etwa zehn „Arbeitswille“ mit den Gemäßigten solidarisch erklärten, erfolgte deren Wieder-Einstellung. Auch die Organisation wurde nunmehr anerkannt. In Herr Feibisch verließ sich sogar soweit, nachdem er die Macht der Organisation zu fühlen bekam, den Arbeitern besondere Räume zur Erledigung der Verbandsangelegenheiten bewilligen zu wollen. Als aber die Arbeiter ihn in allem Ernst an sein Versprechen erinnerten, machte er Rücksicht; er wollte nur die Organisierten allenfalls beschäftigen, wenn sie sich hübsch artig und ruhig verhalten. Es dürften aber weder Karten und Zeitungen verteilt, noch Verbandsbeiträge entgegen genommen werden. Damit erklärten sich aber die Arbeiter nicht zufrieden und kehrten den Spieß um. Sie verlangten jetzt eine Lohnaufbesserung von 10-20 Proz., weil in dieser Fabrik die schlechtesten Löhne von ganz Berlin gezahlt werden, d. h.: für männliche Arbeiter 15 bis 18 M., für weibliche höchstens bis 8 und 10 M. pro Woche; Accordarbeit im Verhältnis noch schlechter. Damit in Verbindung werden bessere sanitäre Einrichtungen; besondere Anklebe- und Klosettäume, genügende Waschgelegenheit für beiderlei Geschlechter, Reinigung der Fabrikräume und Lüftung derselben verlangt. Denn obwohl vor einiger Zeit ein Polizeibeamter dort war und die Zustände rügte als gegen die Gewerbe-Ordnung verstößend, ist bis heute nichts geschehen zu deren Beseitigung. Auch den Reunskundentag und die unbedingte Anerkennung der Organisation werde man verlangen. Da man aber bereits versucht habe, von Wernau Arbeiter herüber nach Berlin zu bringen, werde man auch dort Versammlungen abhalten, um jene Arbeiter über den wahren Sachverhalt aufzuklären und sie für die Organisation zu gewinnen. In der hierauf folgenden Besprechung wurden die Zustände dieser und anderer Fabriken von mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen in oft sehr drastischer Weise geschildert. Die angelegte Tätigkeit, verbunden mit einer hoch entwickelten Geschäftlichkeit und Fingerfertigkeit in einer stets mit Staub geschwängerten Atmosphäre sehe im kräftigsten Gegensatz zu den niedrigen Arbeitslöhnen für Kunstgegenstände, die den Luxus der Reichen besriedigen und zu hohen Preisen verkauft werden! Von einem Arbeiter, der in der Nähe der Fabrik wohnte und nur eine mit ihrem Vater, später mit dem Buchhalter dazwischen kommende „Arbeitswille“ Arbeiterin angesprochen hatte, wurde u. a. erzählt, wie er auf deren Veranlassung verheiratet und auf der Wache behandelt, in einen „dünnen Raum“ gebracht und nur deshalb wieder entlassen sei, weil er ja in der Nähe wohnte und verheiratet war. In einer Fabrik waren die Zustände derartig, daß die Berufsgenossenschaft eingriff, weil infolge der mangelhaften Schugvorrichtungen innerhalb 6 Wochen vier schwere Unglücksfälle vorkamen; auch sollten die Fabrikfenster während acht Jahren nicht gereinigt worden sein. Alle Redner forderten in schlichten, aber treffenden Worten unter leb-

haftem Beifall zum einstimmigen Ausschalten der Ausständigen auf, da man die neu herangezogenen Streikbrecher wegen Unfähigkeit bereits wieder entlassen müßte! Nachdem unter „Verschiedenes“ noch mitgeteilt war, daß im Verlaufe der nächsten Woche Versammlungen für die Arbeiter etc. der anderen Fabriken stattfinden werden, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am 7. September tagende öffentliche Versammlung der in der Teppichwebererei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärte sich mit den Ausständigen bei der Firma Feibisch solidarisch. Die Versammelten erachten in ihrer Unterstützung die Mäßregulierung ihrer Berufsgenossen, namentlich vom Arbeiterausschuß dieser Fabrik, als einen Schlag gegen die Organisation der Textilarbeiter. Die Anwesenden verpflichteten sich, dafür einzustehen, daß folgende Forderungen der Arbeiter erfüllt werden: Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden; Erhöhung der Löhne von 5 bis 30 Prozent; Verzählung aller Nebenarbeiten; Entschädigung für das Anlernen der Schiefer; Abschaffung sämtlicher Strafgeißel. Hierauf wurde die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Textilarbeiterbewegung geschlossen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin und Umgegend hielt am 4. September d. J. seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Graumann, Kanthstraße, 27, ab. Nach Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende bekannt, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, einen Referenten zu gewinnen, teilt aber gleichzeitig mit, daß es ihm gelungen sei, für die nächste und nachfolgende Versammlung tüchtige Referenten zu besorgen, und erjucht die Kollegen, recht rege für den Besuch dieser Versammlungen zu agitieren.

Demnach mußte der 1. und 2. Punkt der Tagesordnung wegefallen und zum dritten Punkt: Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Agitationskommission nahm zunächst Kollege Seibt das Wort, um einige von Kleinlein in seinem Berichte gemachte Fehler zu kritisieren, während er sowie sämtliche nachfolgenden Redner sich mit der tatsächlichen Tätigkeit der Agitationskommission einverstanden erklärten und anerkannten, daß diese tüchtig gearbeitet habe; wenn diese Arbeit nicht immer mit genügendem Erfolg gefördert gewesen sei, so ist es nur der Gleichgültigkeit zuzuschreiben, die leider in den Kreisen der Klavierarbeiter eingetreten sei.

Wöltcher richtete noch einen warmen Appell an die Kollegen, die Tätigkeit der Agitationskommission, die in der nächsten ja sehr kurzen Geschäftszeit wieder in vollem Maße aufgenommen wird, durch entsprechende Mitteilungen, besonders auch durch genauen Nachweis der zu Werkstattversammlungen geeigneten Lokale in jeder Weise zu unterstützen und hiermit ihre schwierigere Arbeit erleichtern helfen. Der zur Gewerkschaftskommission delegierte Kollege Krudt giebt bekannt, daß die Gewerkschaft mit einer großen Anzahl anderer lokalorganisierter Gewerkschaften einträglich aus der Kommission ausgeschieden sei, und daß seitens der Gewerkschaftskommission der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften bereits Schritte gethan sind, um eine geeignete Vertretung der Lokalorganisierten ins Leben zu rufen. Nachdem noch aufgefordert, durch Abnahme und regen Betrieb der Marken zum Streikfonds die im Streik befindlichen Genossen, besonders aber die dänischen Ausgesperrten zu unterstützen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Textilarbeiter. Am 22. August fand die Versammlung der Filiale II des Textilarbeiter-Verbandes statt. Der Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über das Schicksal wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Abrechnung der Filiale ergab einen Bestand von 111,64 M. Der Bestand des Bergungsfonds betrug 73,30 M. Der Unterhaltungsfonds beläuft sich auf 257,57 M.

Die Bauarbeiter und verwandten Berufsgenossen Charlottenburgs hielten am 2. September eine öffentliche Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung mußte vertagt werden, weil der Referent nicht erschienen war. Im zweiten Punkt gab Seiwitz den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern seitens der Lohnkommission, welche dahinabging, daß die eingekerkerten Kommissar wohl den Bauarbeitern ihre Forderung zugesagt habe, aber die Generalversammlung des Arbeitgeber-Verbandes zwar die Forderungen der Lohnarbeiter bewilligt, aber die Forderungen der Accordarbeiter strikte abgelehnt hat. Die Mißstände bei den Bauten der Firma Heß u. Franke, namentlich bei dem Bau der elektrischen Hochbahn, und das Verhalten des bei der Firma beschäftigten Kolonnenführers König wurden einer scharfen Kritik unterzogen. — Wauer Schönborn gab eine Statistik über Streiks und ermahnte die Umwelten zum Schluß seiner Rede, für eine einheitliche feste Organisation Sorge zu tragen. — Sabloski wurde in die Arbeiterkommission gewählt. — Zum Schluß erbat die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Jacobey in üblicher Weise.

Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 6. September, tagte in „Wittes Volksgarten“ Berlinerstr. 40, eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung in üblicher Weise das Ableben des Genossen Jacobey. Konow hielt einen lehrreichen Vortrag über die „Entwicklung Frankreichs vom 18. bis Ende des 18. Jahrhunderts“. Darnach erledigte der Verein interne Angelegenheiten. Die nächste Versammlung findet am 20. September statt, in der ein Vortrag gehalten wird.

Rixdorf. Der Verband der Möbelpolierer hielt am 4. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Wabenschneider, Hermannstr. 197 ab, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Kollege Höfer leitete die Diskussion über „Die Ausnützung der jetzigen guten Geschäftskonjunktur“ ein, welche eine rege Debatte zeitigte und sich bis 12 Uhr hinzog.

In Rummelsburg tagte am Montag eine gut besuchte Versammlung der Anilinarbeiter. Genosse Kater hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein“. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Unter Verschiedenem wurden die Mißstände der Anilinfabriken einer herben Kritik unterzogen und die Anwesenden aufgefordert, der Organisation beizutreten. Im weiteren wurde im Lokal von Klatkowski, Rummelsburg, Hauptstraße 83, eine Zahlstelle gegründet.

Arbeiter-Länderbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Romann, Brunnenstr. 116. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Lortz, Kurfürststraße 33. Sonnabend, abends 9-11 Uhr: Rechnungsumlage und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Gurania“, Gödel, Pandoberger Allee 156. — „Sanges-Club“, Scholz, Rammelsburgstr. 6. — „Immergrün“, Regel, Rentner, Spanbauersstr. 11. — „Wald im Parke“, Parkestr. 32d. — „Hand in Hand II“, Friedrichsberg, Schmiede, Friedrichsbergstr. 11. — „Frei auf I“, Friedrichsberg, Paul, Rummelsburgstr. 45. — „Weiße Rose II“, Weihenstephan, Sorrer, Straßburgerstr. 66. — „Gitarre I“, Teltow, Teltow, Fehldorferstr. 6. — „Sängerclub“, Ludenwalde, Schulz, Beelitzerstr. 34. — „Septim“, Drahtschmidt, Stallwerkstr. 102. — „Krohn“, Rummelsburg, Bredow, Goethe u. Kantstrassen, Ecke. — „Echo II“, Wartenbergswalde bei Rummelsburg, Grünau. — „Gen. Chor“, Ludenwalde, Bergstr. 6. — „Ober-Schmiedewerkschützen“, Ober-Schmiedewalde, Wagener, Edlitzerstr. 6. — „Tornados VII“, Rummelsburg, Weintisch, Goethe u. Kantstrassen-Ecke.

Arbeiter-Länderbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Kasper, Wilmersdorf, Radlowstr. 1, 4 Tr. Sonnabend: „Angler I“, Kappert, Jülicherstr. 69. — „Gaviana II“, Rosowes-Steinhardt, Simon, Prieserstraße. — „Wald auf Rittersdorf-Kalbfeld, Grene, Feintstr. 19. — „Kuba“, 77 Pönnig, Brandenburgstr. 54. — „Pappel“, Dahme, Buchholzerstr. 6. — „Arbeiterfreunde“, Dietrich, Rammelsburgstr. 43. — „Gaviana I“, Rixdorf, Philipp, Jülicherstr. 69. — „Blauer Dampf“, Dove, Wilmersdorf. Arbeiter-Turnerband. Sonnabend: „Zinn“, „Fichte“, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abt. Boehmstr. 17/20. — 3. Männer-Abt. Hoeschstr. 36/37. — 4. Lehrlings-Abt. Stallwerkstr. 65-59. — 5. Lehrlings-Abt. Stephanstr. 3. — 6. Volk-Abt. Katerstr. 67. — „Freie Turnerhaft Johannistag“ abds. 9-10 Uhr Ent-

